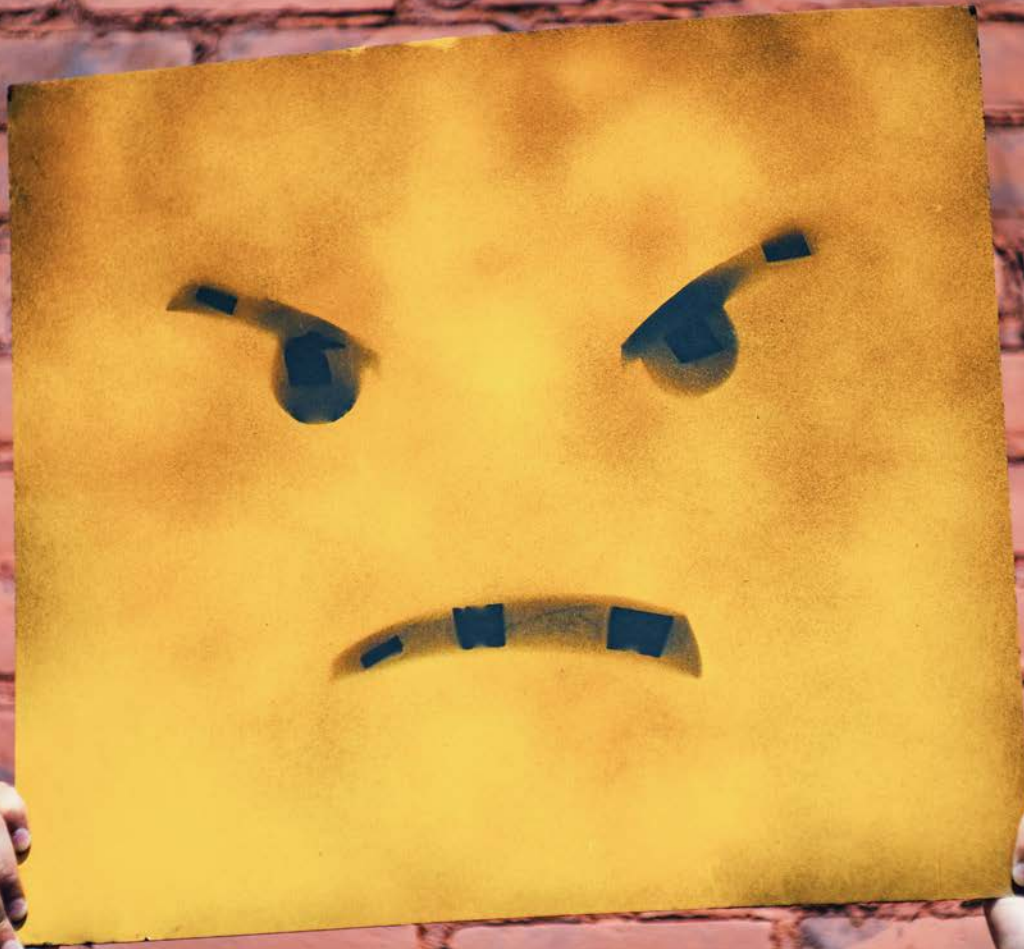




Forum

für **Universität und Gesellschaft**

Universität Bern



NEUE GRÄBEN UND MAUERN

Wenn Gesellschaften sich polarisieren und wie Spaltungen überwunden werden

Veranstaltungsreihe
Winter 2021/22

u^b

b
UNIVERSITÄT
BERN

Editorial

Liebe Leser:innen

Die Wahlen in den USA standen im Zeichen einer zunehmenden Polarisierung von demokratischen Gesellschaften. Hass und Vorurteile werden zu einem dominanten Kennzeichen der Gegenwart. Davon betroffen sind nicht nur Politiker:innen und die öffentliche Verwaltung, sondern alle Bevölkerungsgruppen. Hate-Speech prägt die Kommunikation im Netz und dringt in unseren Alltag ein.

Die Veranstaltungsreihe zeigt mit den Schwerpunkten Sexismus und Rassismus die aktuellen Entwicklungen auf. Die Polarisierung rund um die Kategorien Geschlecht und Ethnien wird historisch eingebettet und aus wissenschaftlicher, politischer, ökonomischer und kultureller Perspektive erörtert. Die Frage nach Gegenmitteln soll stets mitdiskutiert werden: Wie können Spaltungen überwunden und die universellen Menschenrechte gestärkt werden?

Die erste Veranstaltung umreist das Phänomen des Hasses und thematisiert seine Ausprägungen in der Spätmoderne: Diskutiert werden unter anderem die zunehmende ökonomische und gesellschaftliche Ungleichheit, die Medialisierung des Hasses und die Frage nach den Möglichkeiten, eine inklusive Gesellschaft zu fördern.

In der zweiten Veranstaltung richtet sich der Fokus auf strukturellen/institutionellen Rassismus und Misogynie in der Schweiz – sowohl aus einer historischen Perspektive als auch aus praktischer, alltagsbezogener Sicht.

Die dritte Veranstaltung ist der Frage nach Lösungsansätzen zur Überwindung gesellschaftlicher Spannungen und Spaltungen gewidmet und thematisiert die Bedeutung von Vertrauen und Misstrauen.

Forum für Universität und Gesellschaft

Inhalt

Einführung <i>Isabelle Noth und Virginia Richter</i>	4
Vorurteile – ich doch nicht! <i>Isabelle Noth</i>	6
Ute Frevert: Hass – zur Geschichte eines historischen Kampfbegriffs <i>Marcus Moser</i>	8
Patricia Purtschert: Wie Rassismus und Sexismus zusammenwirken <i>Sarah Beyeler</i>	10
Lea Stahel: Das Online-Ökosystem von Hass <i>Sarah Beyeler</i>	12
Luca Di Blasi: Über Rassismus und Identitätspolitik <i>Marcus Moser</i>	14
Katja Gentinetta: Der Verlust der Mehrheit? <i>Marcus Moser</i>	16
Franziska Schutzbach: Auf den Spuren von Antifeminismus und Frauenfeindlichkeit <i>Sarah Beyeler</i>	18
Johanna Bundi Ryser und Mohamed Abdirahim: Erfahrungen aus der Polizei- und Jugendarbeit <i>Sarah Beyeler</i>	20
Martin Hartmann: Konflikte durch und im Vertrauen <i>Marcus Moser</i>	22
Christian Pfeiffer: Erfahrene Gewalt und ihre Auswirkungen <i>Doris Moser</i>	24
Neue Gräben und Mauern? Virginia Richter im Gespräch mit Esther Girsberger und Martin R. Dean <i>Marcus Moser</i>	26
Häufig verwendete Begriffe kurz erklärt	30
Referent:innen / Projektleitung, Moderation / Autor:innen	32
Impressum	34



Das Play-Symbol verweist auf die entsprechenden Video-Inhalte.

Sämtliche Aufnahmen und Unterlagen zur Veranstaltung sind auf unserer Website abrufbar: www.forum.unibe.ch/neuegraeben

Neue Gräben und Mauern: eine Einführung

Am 15. Oktober 2021 wurde der konservative Abgeordnete David Amess während einer Bürgersprechstunde durch eine Messerattacke ermordet; dies war, nach der Ermordung der Labour-Abgeordneten Jo Cox 2016, der zweite gewaltsame Todesfall in der jüngeren britischen Politik.

Die deutsche Grünen-Politikerin Renate Künast wurde vor fünf Jahren mit wüsten Beleidigungen und Vergewaltigungsdrohungen im Netz überschüttet. Erst nach einer längeren Odyssee durch die Gerichte stellte das Bundesverfassungsgericht im Februar 2022 fest, dass es sich dabei nicht um freie Meinungsäußerung, sondern um eine Verletzung ihrer Persönlichkeitsrechte handelt.

Prof. Dr. Isabelle Noth, Co-Projektleiterin



Im August 2021 wurde die Zürcher Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli während einer Werbetour für mehr Impfungen im Zürcher Oberland mit Apfelsaft übergossen. Wie ihr Sprecher später kommentierte: «Das wäre nicht nötig gewesen», sagt er. «Sie wäre ja vor Ort gewesen, um mit den Leuten ins Gespräch zu kommen.»

Übergriffe und ihre Gemeinsamkeiten

Das sind nur drei Beispiele aus der jüngeren Vergangenheit, in denen die Regeln einer zivilen Debattenkultur massiv verletzt wurden und politische Kritik in Hassrede, körperliche Übergriffe und sogar Mord umschlug. Die Umstände, die Biographien der Täter und das Ausmass der ausgeübten Gewalt sind jeweils sehr unterschiedlich. Zwei Aspekte sind aber diesen drei Fällen gemeinsam: Die Übergriffe passierten, während die Politiker:innen ihrer ureigentlichen Aufgabe nachgingen, dem Dialog mit ihren Wähler:innen. Dass Politiker:innen sich Fragen und Kritik stellen, gehört zu den wesentlichen Säulen der Demokratie. Diese ist gefährdet, wenn die politischen Akteur:innen dabei um ihre Würde und sogar ihr Leben fürchten müssen.

Die zweite Gemeinsamkeit ist, dass solche Übergriffe – wenn es sich nicht direkt um Mord handelt – oft verharmlost werden. Natalie Rickli wurde ja «nur» mit Apfelsaft bespritzt. Renate Künast wurde «nur» beleidigt. Wer in die Politik geht, muss halt was wegstecken können. Dies übersieht aber, wie oft dem Umschlag in Gewalt eine Vergiftung der Atmosphäre vorausgeht. Hassrede bereitet den Boden für die Delegitimierung des Gegners, für seine Entwertung als Mensch, und damit für das subjektive Gefühl des Täters, seine Tat sei gerechtfertigt.

Viele Menschen teilen das Gefühl, dass die Polarisierung in den westlichen Gesellschaften in den letzten Jahren zugenommen hat. Davon ist nicht nur der politische Bereich betroffen, sondern auch das Miteinander im Alltag. Am deutlichsten sieht man eine tiefgehende gesellschaftliche Spaltung in den USA, wo sich zwei Blöcke unversöhnlich gegenüberstehen, ja in ganz verschiedenen Welten zu leben scheinen.

Konsenskultur statt Sexismus

Die Schweiz ist sicher von einer solchen totalen Spaltung noch weit entfernt, nicht zuletzt aufgrund einer historisch verankerten Konsens- und Kompromisskultur. Dennoch verschärft sich auch hier der Stil der Debatten, und gerade im Umfeld der Corona-Pandemie liessen sich viele Beispiele für persönliche Attacken, Hass und Falschbehauptungen finden. Eine davon brachte das Fass über Parteigrenzen hinweg nun zum Überlaufen: Noch im Winter 2019

Prof. Dr. Virginia Richter,
Forumspräsidentin,
Co-Projektleiterin



zogen Fussballfans in einem Spiel ein zutiefst sexistisches Banner hoch, das zu sexueller Gewalt an den Frauen des Gegners vor Ort aufrief («Winti Fraue figgä und verhaue»), und wurden dennoch kürzlich freigesprochen. Das richterliche Urteil und dessen Begründung, es liege keine strafbare Handlung vor, lösten heftige Proteste aus. Absprachen verschiedener Nationalrät:innen aus dem gesamten Politikspektrum (mit Ausnahme der SVP) brachten fünf gleichlautende parlamentarische Initiativen auf den Weg mit der Forderung, dass die Rassismus-Strafnorm erweitert werde und auch Geschlecht berücksichtige. Sexistische Gewaltaufrufe sollen so in Zukunft verhindert und ansonsten rechtlich genauso geahndet werden wie rassistische oder homophobe. So einig sich die Initiant:innen in ihrem Anliegen sind, so klar ist ihnen auch, dass das Übel letztlich an der Wurzel gepackt werden muss. Deshalb unsere Frage, woher Hass, Sexismus und rassistische Vorurteile überhaupt kommen und wie sie überwunden werden können. Auf der Suche nach den Gründen stossen wir auch auf unangenehme Erkenntnisse: Hass und Vorurteile betreffen alle Bevölkerungsgruppen, wenn auch in unterschiedlichem Ausmass. Und zwar trifft es sie nicht nur als Zielscheiben.

Eigene Vorurteile erkunden

Hassen können eben nicht nur die anderen, und Vorurteile haben auch nicht nur offenkundige Rassist:innen, Sexist:innen etc. Damit wird nichts beschönigt, eingeebnet oder nivelliert, sondern im Gegenteil: Erst die radikale Einsicht, dass unsere Einstellungen uns nicht immer bewusst zugänglich sind, sondern implizit sein können, ermöglicht einen sinnvollen Umgang mit den in unserer Veranstaltung diskutierten Phänomenen – jenseits von Verleugnen, Dämonisieren oder nach-aussen-Projizieren.

Als genauso zentral hat sich auch der Blick auf das Transformative erwiesen: So gibt es immer wieder Menschen, die über diese Beschränkungen, Einflüsse, Normalitäten hinauswachsen, sie überschreiten, durch Widerstand eine enorme Kraft entwickeln. Zu den eindrücklichsten Beispielen der vergangenen Jahre im Hinblick auf das Phänomen Hass zählt gewiss Antoine Leiris.

Beim Anschlag vor sieben Jahren auf die Konzerthalle Bataclan in Paris verlor er seine Frau Héléne, mit der er einen Sohn Melvil hat, der damals 17 Monate alt war. Antoine Leiris postete nach dem Anschlag einen Satz, der um die Welt ging, weil er Menschen im Innersten berührte, und bis heute nachwirkt: «Freitag Abend habt ihr das Leben eines ausserordentlichen Wesens geraubt, das der Liebe meines Lebens, der Mutter meines Sohnes, aber meinen Hass bekommt ihr nicht.»

Vielleicht lässt sich Hass nur überwinden durch einen bewussten festen Entscheid, nämlich sich seines zu enthalten, obschon er nach menschlichem Ermessen zutiefst berechtigt und nachvollziehbar erscheint.

Isabelle Noth und Virginia Richter

Vorurteile – ich doch nicht!

Vorurteile gelten als unschicklich. Als zivilisierte Europäerinnen und Europäer (SIC!) haben wir so etwas nicht. Der implizite Assoziationstest IAT erlaubt die Eigenerkundung möglicher Vorurteilstrukturen. Alles was Sie brauchen, ist etwas Zeit und einen Computer mit Internetzugang. Eine Einladung zum Selbstversuch.

1998 erschien im US-amerikanischen Journal of Personality and Social Psychology der grundlegende Beitrag zu jenem Test, der bis auf den heutigen Tag eine schier unermessliche Zahl an empirischen Forschungsarbeiten zur Folge hatte, nämlich: «Measuring Individual Differences in Implicit Cognition: The Implicit Association Test» von Anthony G. Greenwald, Debbie E. McGhee und Jordan L. K. Schwartz von der Universität von Washington. Beim IAT handelt es sich um ein wissenschaftliches Verfahren, das die Reaktionszeit von Wortassoziationen misst.

In der Regel wird das Verfahren so durchgeführt, dass die Teilnehmenden vor einen Rechner gesetzt werden und Bilder gezeigt bekommen von unterschiedlichen gesellschaftlichen Strukturkategorien wie zum Beispiel Hautfarbe oder Geschlecht. Sie sehen also zum Beispiel Bilder von Schwarzen oder Weissen, Frauen oder Männern etc. und müssen dann jeweils schnell reagieren und auf eine bestimmte Tastatur drücken, je nachdem welches Bild erscheint (also z.B. bei einer Frau auf die Taste L und bei einem Mann auf die Taste B). Im nächsten Durchgang werden den Teilnehmenden positive und negative Adjektive eingeblendet, auf die sie jeweils ebenfalls mit einem Tastendruck reagieren müssen (also z.B. bei positiven mit einem Druck auf die Taste B und bei einem negativen mit der Taste L). In diesen ersten beiden Blöcken des IATs werden die Teilnehmenden daran gewöhnt, Bilder beziehungsweise Kategorien mit Reaktionen zu verknüpfen. Im dritten Block erhalten die Teilnehmenden die Anweisung, die Taste B zu drücken, wenn sie einen Mann oder ein positives Adjektiv sehen und die Taste L beim Anblick einer Frau oder eines negativen Adjektivs. Im vierten und fünften Block geschieht das Training der umgekehrten Kombination, indem den Teilnehmenden die Anweisung erteilt wird, beim Zeigen eines negativen Adjektivs beziehungsweise im nächsten Block eines Mannes die Taste B

zu drücken und bei einem positiven Adjektiv beziehungsweise einer Frau die Taste L zu drücken. Beim letzten Block erhalten die Teilnehmenden Anweisungen analog zu Block 3 mit umgekehrten Tastaturbefehlen.

Anhand des Vergleichs der beiden Blöcke 3 und 5 soll nun die Assoziationsstärke gemessen werden zwischen einer Einstellungskategorie und deren impliziter Bewertung. Die Stärke der Assoziationen sollen – so die theoretische Fundierung – Hinweise auf die Stärke impliziter, der Person selber bewusst nicht zugänglicher Einstellungen geben. Wer zum Beispiel Männer kompetenter, klüger, vertrauenswürdiger etc. findet als Frauen, wird der Theorie zufolge bei der Kombination von Frauen mit positiven Adjektiven mehr Mühe bekunden und das heisst hier mehr Zeit benötigen als umgekehrt. Diese Verfahren sind weniger anfällig auf sozial erwünschte Antworten, weshalb sie auch für viele so attraktiv erscheinen. Wer sich selbst einem solchen Test aussetzen möchte, besuche die Website des Implicit Projects der Universität Harvard:



<https://implicit.harvard.edu/implicit/germany/takeatest.html>

In jüngerer Zeit wird die Validität des IAT in Frage gestellt. Insbesondere Ulrich Schimmack (2021) bestreitet deren Konstrukt- und Vorhersagevalidität und verwirft die Annahme, sie würden implizite, also bewusst nicht zugängliche Einstellungen messen können. Er sieht in der auf IAT basierenden Forschung selbst einen Publikationsbias wirksam. Die Auseinandersetzung dauert an!

Isabelle Noth



Hass – zur Geschichte eines historischen Kampfbegriffs

Hass ist ein Unwort. «Kaum jemand mag heute öffentlich zugeben, dass er zum Hass bereit oder von Hass erfüllt ist», stellte Ute Frevert fest. Gleichzeitig werde Hass an gesellschaftlichen Rändern erneut zum gemeinschaftsbildenden Code.



Ute Frevert

«Liebe und Hass werden häufig im gleichen Atemzug genannt, die eine als Negation des anderen.»

«Mit Hass schmückt man sich nicht gern», meinte **Prof. Dr. Ute Frevert**, Direktorin des Forschungsbereichs «Geschichte der Gefühle» am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung in Berlin. «Jedenfalls nicht, wenn man als Bürger:in einer Demokratie gelernt hat, dass die eigene Meinung gleich zählt wie eine andere». Pluralität bedinge eben, Kompromisse schliessen zu können. Und Kompromisse seien nur tragfähig, wenn sie auf der Basis wechselseitigen Respekts erfolgten. «Das Grundgefühl in demokratischen Gesellschaften ist jenes der Freundlichkeit, nicht der Hass» unterstrich Frevert. Die US-amerikanische Philosophin Martha C. Nussbaum spreche im Zusammenhang von Demokratien gar von Liebe, führte die Historikerin aus. Das sei nun etwas gar viel, meinte

Frevert, erlaube aber eine phänomenologische Einsicht: «Liebe und Hass werden häufig im gleichen Atemzug genannt, die eine als Negation des anderen. Beide neigen dazu, ihre Objekte vollständig zu vereinnahmen...».

Einen Wurm kann man nicht hassen...

Gradierungen verschwinden, «ein bisschen Hass gibt es genauso wenig wie ein bisschen Liebe. Beides sind totale und totalisierende Gefühle.» Damit werden dem Gegenüber Hochschätzung und Bedeutung zugewiesen. Frevert erinnerte an dieser Stelle an einen bekannten Aphorismus von Friedrich Nietzsche: «Man hasst nicht, solange man noch gering schätzt, sondern erst, wenn man gleich und höher schätzt.»

Einen Wurm könne man nicht hassen, genauso wenig wie jemanden, dem man die Achtung entziehe – und ihm damit seine Geringschätzung bekunde. Darin zeige sich Nietzsches an der Antike geschulte «Herrenmoral», die ihresgleichen schätzte (oder eben hasste), im Guten wie im Bösen. «In beiden Fällen respektierten sie einander und teilten die gleichen Wertüberzeugungen.» Entsprechend war «Hass» für Nietzsche kein Unwort. Man möge ihm zugute halten, meinte Frevert, dass er den Hass von 1914, der Völker gegeneinander aufbrachte oder den Hass der Nationalsozialisten gegen ihre vielen Feinde nicht kannte, aber vielleicht, so Frevert, hätte er in diesen Fällen von «Metamorphosen des Hasses» gesprochen. Und solchen Metamorphosen widmete Frevert ihre weiteren Ausführungen.

Emotionale Mässigung als Ziel

Die bürgerliche Gesellschaft des 18. Jahrhundert pflegte idealerweise eine Kultur emotionaler Mässigung. Die richtige Sensibilität wurde zum Abgrenzungsmerkmal der gebildeten Schichten. Und dies betraf «Hass» in besonderem Masse. Dieses Gefühl bedrohte die Grundfesten des Zusammenlebens. In ein ähnliches Horn blies Johann Heinrich Zedler in seinem «Universal Lexikon» von 1732. Für Ute Frevert eine wichtige Zäsur: «Mit grossem Aufwand suchte der protestantische Autor zu widerlegen, dass die Bibel Hass für legitim und notwendig erachtet». Gott habe – immer mit Zedler – mehrere Verbote gegen das anhaltende Zürnen ausgesprochen; wer Gerechtigkeit wolle, «verfahre ohne Hass und Bitterkeit, mehr wider das Laster und die Bosheit selbst als wider den Menschen». Damit formulierte Zedler eine für das moderne Strafrecht zukunftsweisende Losung und entzog dem Hass gemäss Frevert «jedwelche theologische Rechtfertigung».

Von solchen Überlegungen war Ernst Moritz Arndt 1813 weit entfernt: Ute Frevert interpretierte seine bekannte «Hasspredigt» vom gleichen Jahr als «Gründungsdokument des modernen Nationalismus», in drei Punkten: 1. Hass ist legitim und notwendig, wenn es gilt, Fremdherrschaft abzuschütteln. 2. Hass auf das Fremde bedarf der Liebe zu Eigenen. 3. Hass umgibt sich mit aggressiven Vokabeln, endet aber am Grenzpfahl. Es geht nicht um Vernichtung des Anderen, sondern um Unterscheidung und Trennung: um Verschiedensein.

Reichsfeinde und andere Hassobjekte

Mit feinen Strichen skizzierte Ute Frevert den weiteren Verlauf: Die Wirkung des Begriffs der «Reichsfeinde» von Reichskanzler Otto von Bismarck oder das Reichsstrafgesetzbuch von 1873, in dem die «Anreizung zum Klassenhass» unter Strafe gestellt wurde. Die Gruppe der «Hassobjekte» erweiterte sich indes drastisch, kommentierte Frevert mit Blick auf die inderdeutsche Entwicklung, auf den Ersten Weltkrieg,

auf die Pariser Vorortsverträge: «Fanatismus bekam einen guten Klang. Er ging mit dem Hass auf Andersdenkende einher. Und diese Andersdenkenden fand man jetzt – im 20. Jahrhundert – vornehmlich im eigenen Land.»

Hass als Gefühl war aber lange nicht strafbar und «gerichtsfest». Dies geschah gemäss Ute Frevert erst mit der Neuformulierung von Paragraph 130 des Deutschen Strafgesetzbuchs in den 1960er Jahren. Neu war damals der Verweis auf die Menschenwürde und wie sie angegriffen werden konnte: durch Beschimpfung, böswilliges Verächtlichmachen und Verleumdung.

«Mit Hass schmückt man sich nicht gern», wiederholte Ute Frevert, «jedenfalls nicht, wenn man als Bürger:in einer Demokratie gelernt hat, dass die eigene Meinung gleich zählt wie eine andere». An manchen Rändern löse sich diese Lernerfahrung indes in der heutigen Zeit auf, hier werde Hass zum «gemeinschaftsbildenden Code». An anderen Orten halte man sich Hass vom Leib, schreibe ihn aber gerne anderen zu. Ute Frevert schloss ihre dichten Ausführungen mit einem Zitat von Berthold Brecht: «Auch der Hass gegen die Niedrigkeit verzerrt die Züge. (...) Ach, wir die wir den Boden bereiten wollten für die Freundlichkeit konnten selber nicht freundlich sein.»

Marcus Moser

«Kaum jemand mag heute öffentlich zugeben, dass er zum Hass bereit oder von Hass erfüllt ist.»

Ute Frevert

Wie Rassismus und Sexismus zusammenwirken

Soziale Kategorien wie Herkunft, Alter und Geschlecht wirken nicht isoliert voneinander, sondern sind eng miteinander verwoben. Deshalb sei wichtig, die Verschränkung von Rassismus mit anderen Diskriminierungskategorien zu verstehen, forderte Patricia Purtschert.

«Für das Nachdenken über Hass ist wichtig, dass wir über die gesellschaftlichen Bedingungen sprechen, die Hassreden und -handlungen überhaupt erst wirkmächtig werden lassen», betonte **Prof. Dr. Patricia Purtschert** vom Interdisziplinären Zentrum für Geschlechterforschung der Universität Bern. Sie wolle über die strukturellen Dimensionen von Rassismus und Sexismus und über deren Zusammenhänge sprechen, denn «wir müssen darüber nachdenken, wie wir in der Schweiz über Rassismus und Sexismus reden. Oder eben nicht reden können, weil es auch eine spezifische Form des Schweigens gibt».

«Wir müssen darüber nachdenken, wie wir in der Schweiz über Rassismus und Sexismus reden. Oder eben nicht reden können, weil es auch eine spezifische Form des Schweigens gibt.»

Patricia Purtschert

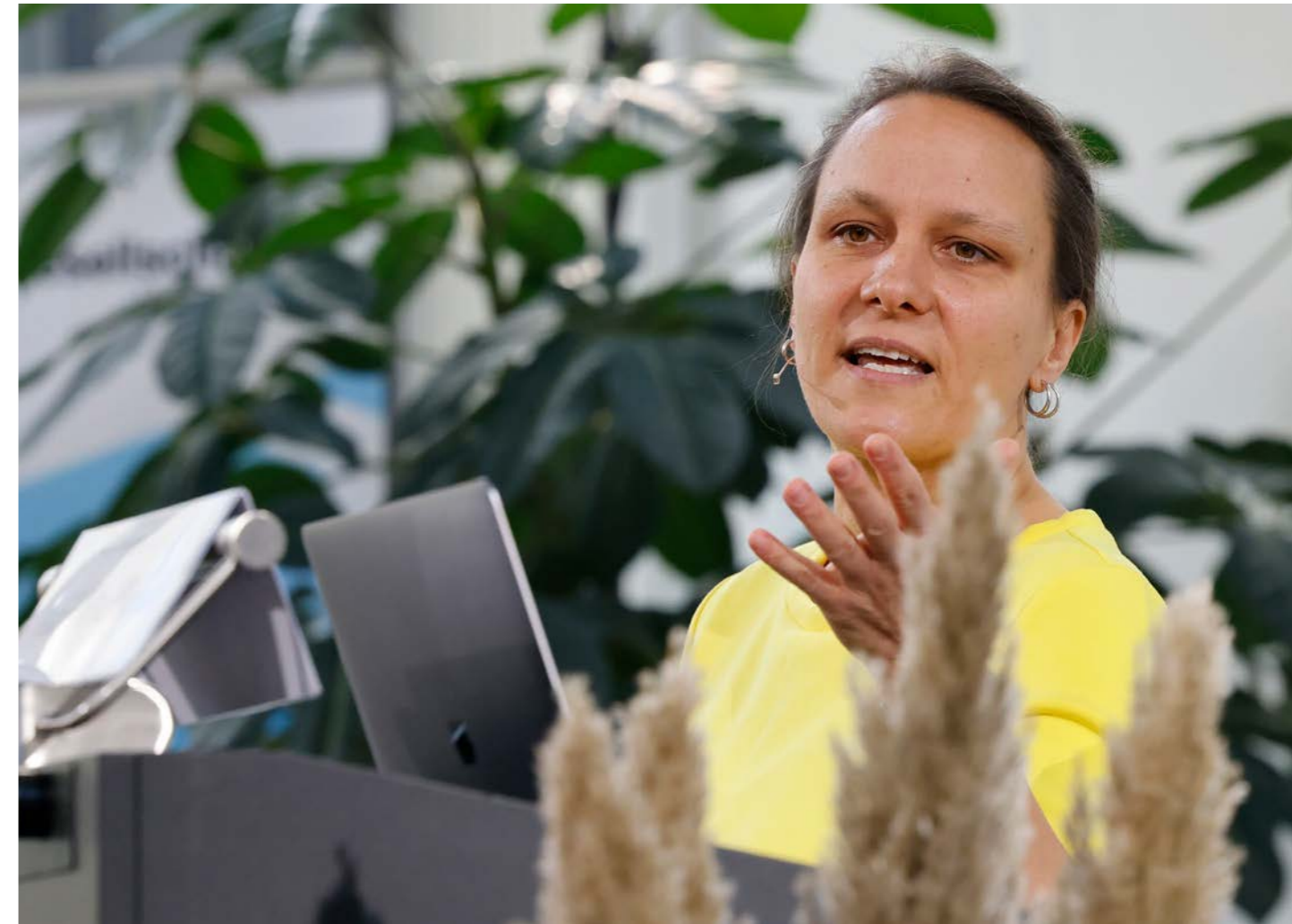
Rassismus bezieht sich nicht nur auf die Hautfarbe

Als Ausgangspunkt diente Purtschert die Bezeichnung der neugewählten WTO-Generaldirektorin Ngozi Okonjo-Iweala als «Grossmutter». Ihre historische Wahl im Frühling 2021 – Okonjo-Iweala ist die erste Frau und die erste Person afrikanischer Herkunft an der Spitze der WTO – betitelten diverse Zeitungen des Medienunternehmens CH Media mit «Diese Grossmutter wird neue Chefin der Welthandelsorganisation».

Purtschert fragte nach den gesellschaftlichen Bedingungen dafür, dass dieser Titel gewählt wurde und analysierte nationale und internationale Reaktionen darauf: Auffallend sei, dass in den internationalen Reaktionen ganz klar von einem sexistischen *und* rassistischen Vorfall die Rede sei; «in der Schweiz ist dies nicht mit derselben Deutlichkeit festgehalten worden und das ist kein Zufall».

CH Media habe sich entschuldigt, den Titel als «unangebracht» bezeichnet und festgehalten, er sei nicht rassistisch motiviert gewesen. Der Schweizer Presse rat stufte den Titel als problematisch ein und anerkannte eine Diskriminierung in Bezug auf Sexismus, nicht aber auf Rassismus. «Struktureller Rassismus bedeutet aber gerade, dass eine Handlung auch nicht-intentional sein kann und dennoch rassistische Auswirkungen hat», kommentierte die Referentin den Entscheid.

Zudem dürfe sich der Rassismusbegriff nicht nur auf die Hautfarbe beziehen, betonte sie. Gerade in der Schweiz sei dieses problematische Rassismusverständnis aber weit verbreitet. «Rassismus geht weit über die Hautfarbe hinaus, es geht auch um Gesten, Verhaltensweisen, Namen, Akzente, Kleidung, die durch ein rassistisches Raster gelesen werden.» Und es gehe darum, die Verschränkung von Rassismus mit anderen Diskriminierungskategorien, etwa Geschlecht, zu verstehen.



Patricia Purtschert

«Rassismus geht weit über die Hautfarbe hinaus, es geht auch um Gesten, Verhaltensweisen, Namen, Akzente, Kleidung, die durch ein rassistisches Raster gelesen werden.»

Die Spuren von Rassismus verstehen

Um dieses Verständnis zu fördern wollte Purtschert «Spuren legen», um zum Nachdenken darüber anzuregen, welche Bilder von älteren Schwarzen Frauen in der Schweiz zirkulieren. Eine erste Spur sei zum Beispiel die Figur der *Mammy*, «der Figur einer älteren Schwarzen Frau, die auf die Sklaverei zurückgeht und im US-amerikanischen Kontext von Bedeutung war, die aber natürlich durch die Populärkultur auch in der Schweiz zirkulierte». Es sei eine Figur, die immer im Hintergrund bleibe, oft die Care-Arbeit erledige und als lieb und warmherzig dargestellt werde.

Eine zweite Spur sei das Blackfacing, «eine ganz klar als rassistische Praxis ausgewiesene Form, die nach wie vor auch im Schweizer Fernsehen verwendet wird». Die Figur der *Frau Mgubi* von Birgit Steinegger sei ein Beispiel dafür – sie sprach nie, sondern gab nur Töne von sich und war nach stereotypen Bildern einer Schwarzen Frau gestaltet.

Die dritte Spur ortete Purtschert im Kontext der Entwicklungszusammenarbeit. Auch hier würden ganz bestimmte Bilder von Schwarzen Frauen verbreitet: Frauen in ärmlicheren Ländern, die von westlicher

Hilfe abhängig sind. «Solche Vorstellungen machen es wiederum schwierig, sich eine ältere Schwarze Frau als WTO-Generaldirektorin vorstellen zu können.»

Was muss sich bewegen, damit andere Bilder entstehen können, fragte Purtschert abschliessend. Genau hinzuschauen und hinzuhören sei wichtig: «Mit welchen Stereotypen sehen sich (ältere) Schwarze Frauen konfrontiert?» Sexismus könne nicht nur von den Erfahrungen weisser Frauen abgeleitet werden und Rassismus sei nicht auf die politische Rechte zu beschränken, forderte sie. Wir müssten uns einlassen auf Aushandlungsprozesse darüber, was rassistisch oder sexistisch sei. Forderungen nach Aushandlung von vornherein als Zensur oder Übersensibilität zu kategorisieren und eine Abwehrhaltung einzunehmen, sei zu einfach. Es gehe darum, die Normalisierung von vielen Formen von Rassismus und Sexismus aufzubrechen und wirkmächtige Formen des Schweigens oder Tabus zu thematisieren. «Das ist eine Grundlage dafür, dass wir verstehen, warum bestimmte Handlungen von Hass so verletzend sind.»

Sarah Beyeler

Das Online-Ökosystem von Hass

Im digitalen Alltag kommen Hasskommentare immer wieder vor, denn das Internet bietet die Möglichkeit, andere Menschen im Schutz der Anonymität anzugreifen. Lea Stahel zeigte, woher der Hass im Netz kommt und was dagegen unternommen werden kann.



Lea Stahel

«Digitaler Hass ist die Kombination von Technik und Mensch.»

Dr. Lea Stahel vom Soziologischen Institut der Universität Zürich begann mit Leidenschaft: «Ich forsche zu aggressiven Phänomenen im Internet und ich spreche – trotz des etwas unschönen Phänomens – immer wieder gerne darüber. Denn der Forschungsbereich des digitalen Hasses ist etwa genauso dynamisch wie das Phänomen selbst.» Auf die Dynamik kam Stahel im Folgenden mehrmals zu sprechen, doch zunächst ging es ihr um eine Eingrenzung des Begriffs «digitaler Hass».

Was ist digitaler Hass überhaupt?

Sie gehe von einem breiten Verständnis von digitalem Hass aus, so Stahel. Digital sei alles, was via elektronische Medien laufe und auf Computertechnik sowie dem Internet basiere: «Wenn ich von *digitaler Hass* spreche, dann meine ich alles, was auf dem Computer passiert, auf dem Tablet oder auf dem Smartphone.»

Komplexer werde es in Bezug auf den *Hass*. Wer definiert, ob es sich bei einer Äusserung um *Hass* handelt: die Urheberin eines Beitrags, die Betroffenen, das Publikum oder Forscher:innen, die den Inhalt analysieren? Dazu gebe es viele Fragen, so Stahel. Weiter könne *Hass* sehr versteckt zutage treten, da *Hassbotschaften* auch ohne explizite *Hass-Begriffe* von Menschen als *Hassbotschaft* erkannt werden könnten und so unbemerkt von Kontrollmechanismen blieben. *Hass* verbinde sich oft mit Verschwörungsmäthen. «Digitaler *Hass* ist die Kombination von Technik und Mensch. Es sind technische Kommunikationsbedingungen, die den *Hass* fördern, weil sie die Hürden, die wir im offline-Kontext haben, deaktivieren». Plattformen stellten ihren Nutzenden vielfältige technische Verbreitungselemente (zum Beispiel Videos, Hashtags, etc.) bereit, womit auch digitaler *Hass* rasch produziert und verbreitet werden könne.

Fehlende Gatekeeper, spärliche Kontrollmechanismen und die Möglichkeit, Beiträge unmittelbar zu veröffentlichen, förderten die enthemmte und unsanktionierte Online-Kommunikation. Die Folgen von Online-*Hass* seien indes sehr real, betonte Stahel: «Online-*Hass* wirkt sich mindestens genauso negativ aus wie Offline-*Hass*.» Seine Auswirkungen seien individuell und gesellschaftlich gravierend, die negativen Folgen vielfältig.

Akteure und Orte des digitalen Hasses

Die Akteur:innen teilte Stahel grob in drei Gruppen ein, die sich jedoch nicht klar voneinander abgrenzen liessen: erstens organisierte *Hassgruppen*, zweitens eher informelle, fluide Netzwerke, die sich auf unterschiedlichen Social-Media-Plattformen bewegen und drittens einzelne Internetnutzer:innen, die in Kommentarspalten *Hassreden* zu verbreiten versuchten. «Individuen können sehr flexibel zwischen den drei Organisationsformen wechseln, das macht das Phänomen so dynamisch.»

Auch die Austragungsorte des digitalen Hasses seien schwer einzugrenzen: «Prinzipiell kann man digitalen *Hass* in allen möglichen Interneträumen verfolgen», so Stahel. Manche Räume seien besonders geeignet, um *Hassrede* auszudrücken und zu verbreiten, etwa Webseiten und Blogs, Foren (z.B. 4chan), Social-Media-Plattformen (z.B. Facebook, Twitter), E-Mails und Chats wie *Whats App* oder das komplett unmoderierte *Telegram*. «Das ist nicht ein kleiner Familienchat, das sind Chats mit mehreren hunderttausend Personen, die Meinungsführer:innen folgen», so die Forscherin. Auch in Computerspielen seien *Rassismus* und *Sexismus* festgestellt worden, ergänzte sie.

Für die Verbreitung von digitalem *Hass* seien nicht nur die technologischen Bedingungen ausschlaggebend, stellte Stahel klar: «Auch die Bedingungen in einer Gesellschaft sind wichtig und beeinflussen, ob wir mehr oder weniger *Hass* beobachten können.» So finde sich in den Vereinigten Staaten mehr digitaler *Hass*, da dort die Meinungsfreiheit stark gewichtet werde. Gesellschaftliche Entwicklungen (z.B. ökonomische, politische oder kulturelle Umwälzungen), aber auch Einzelereignisse beeinflussten Online-*Hassrede*. Auch soziale Ungleichheit sei wichtig: «In Italien finden Forschende in Regionen mit grosser ökonomischer Ungleichheit mehr *Hassrede* auf *Twitter* veröffentlicht.»

Die meisten Äusserungen stammten von Menschen mit einer eher rechten Gesinnung – was aber nicht heisse, dass es auch linke *Hassrede* gebe, stellte Stahel klar. «Auch das Geschlecht hat einen starken Einfluss. Die meisten *Hassrede*-Äusserungen im Internet stammen von Männern, was vielleicht mit Sozialisation und Geschlechterstereotypen zu tun hat.»

«Online-*Hass* wirkt sich mindestens genauso negativ aus wie Offline-*Hass*.»

Lea Stahel

«Digitaler Hass globalisiert sich immer mehr»

Am Beispiel von rechtsextremen Netzwerken zeigte Stahel, wie Gruppen länder- und sprachübergreifend interagieren. «Diese Netzwerke sind sehr resilient und lassen sich nicht so einfach auslöschen.» Selbst wenn einzelne Knotenpunkte – zum Beispiel Facebook-Gruppen – gelöscht würden, könnten sich diese Netzwerke sehr schnell reparieren und neu verbinden: «Die Gruppen verändern sich dann einfach, nennen sich anders oder gehen auf andere Plattformen.» Das Feld sei sehr dynamisch und werde deshalb auch das «Online-Ökosystem des Hasses» genannt.

Um Online-*Hassrede* entgegenzuwirken, ergreifen Akteur:innen wie Medienunternehmen, Social-Media-Anbieter, rechtliche Institutionen und die Zivilgesellschaft in der Schweiz und im Ausland unterschiedliche Gegenmassnahmen. Die Lösung sei herausfordernd: Im Bereich der Gesetzgebung und Rechtsprechung etwa stünden die beiden Menschenrechte der Meinungsäusserungsfreiheit und der Schutz vor Diskriminierung in einem Spannungsverhältnis und jedes Land gewichte diese Menschenrechte unterschiedlich. Weiter spiele sich Online-*Hassrede* oft im Raum internationaler Netzwerke ab, was eine grosse Herausforderung für die Rechtsdurchsetzung darstelle. Social-Media-Anbieter verhielten sich oft intransparent und zivilgesellschaftliche, effektive Massnahmen würden (zu) viele Ressourcen erfordern, schloss Stahel wenig optimistisch.

Sarah Beyeler

Über Rassismus und Identitätspolitik

Der Philosoph Luca Di Blasi erläuterte mit einem Gedankenexperiment die Entstehung von Identitätspolitik und schlug den Bogen zur gegenwärtigen Polarisierung der Gesellschaft.

Prof. Dr. Luca Di Blasi unterrichtet Philosophie am Institut für Systematische Theologie der Universität Bern. Er sprang kurzfristig für eine erkrankte Referentin ein – und kam schnell zur Sache. «Worin also besteht das strukturelle Neue des heutigen Rassismus?» fragte Di Blasi eingangs. Er verstehe ihn als «extreme Ausdrucksform einer rechten Identitätspolitik».

Sein Ausgangspunkt bildete eine Spannung in der Verwendung des Begriffs «Rasse». Im Umgang mit diesem Wort liessen sich markante Unterschiede zwischen dem US-amerikanischen Sprachraum und (dem deutschsprachigen) Europa beobachten: «In Europa ist der Begriff wegen seiner biologistischen Konnotation verpönt.» Werde deswegen aber auf den Begriff verzichtet, laufe man Gefahr, die Existenz von Rassismus und rassistischer Diskriminierung zu übersehen. Wer genau hinsehe, so Di Blasi, könne zwischen einem rassistischen und einem antirassistischen Begriff der Rasse zwei Transformationen entdecken: Rasse werde erstens von einer biologistischen zu einer sozial-konstruierten Kategorie. Und zweitens stünden nicht mehr die Träger:innen des Rassismus im

Mittelpunkt, sondern dessen Opfer. Jene Politik, die auf diesen beiden Transformationen beruhe, könne als «progressive Identitätspolitik» bezeichnet werden.

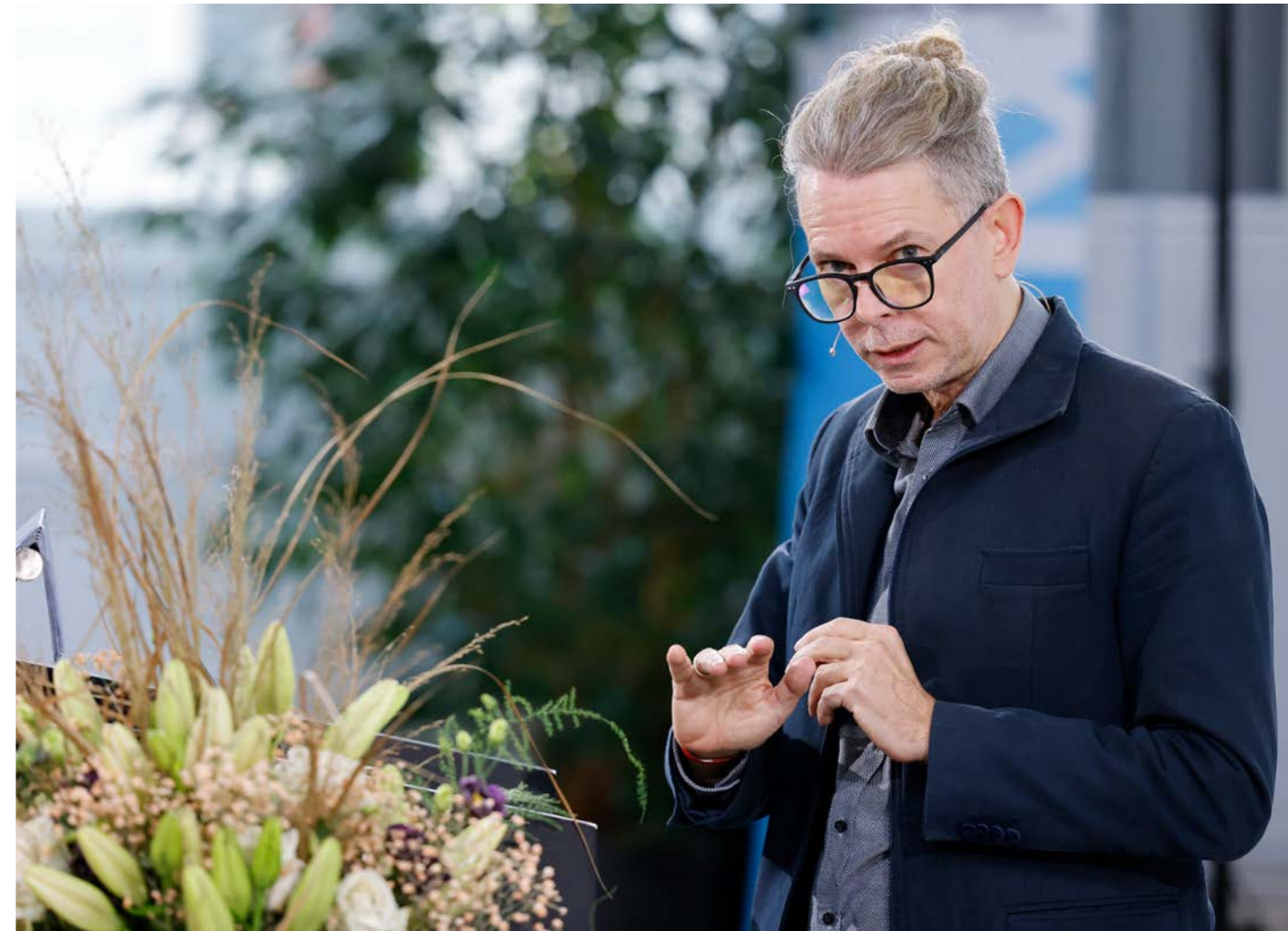
Nachdem Luca Di Blasi den Begriff der Identitätspolitik auf Jean-Paul Sartre zurückführte, erörterte er die hierauf konzeptionell grundlegende «progressive Identitätspolitik» anhand eines Gedankenexperiments von Carolin Emcke aus dem Jahr 2019. Es geht verknüpft so: Nehmen wir an, es gälte die Regel, dass nur Menschen von einer Körpergrösse über 185 Zentimeter («die Grossen») in die Oper gehen dürfen. Alle anderen – «die weniger Grossen» – nicht. Für Personen, die aufgrund ihrer Körpergrösse abgelehnt wurden, wurde dieses Kriterium der Körpergrösse, das ihnen zunächst nichts bedeutet habe, relevant. Carolin Emcke: «Das ist ein Paradox, das sie nicht vermeiden können, wenn sie etwas ändern wollen an der ungerechten Behandlung: Sie müssen das, was ihnen selbst unwichtig erscheint, wichtig nehmen, sie müssen sich selbst wahrnehmen als Angehörige einer Gruppe, die so nicht bestünde, würden alle Opernliebhaber gleich behandelt.»

Ökonomische und soziale Dimensionen zählen

Das Gedankenexperiment enthält nach Luca Di Blasi aber eine entscheidende Leerstelle, die er in einer Fortsetzung entfaltete: «Es wird kein Wort über das Eintrittsgeld verloren.» Erst wenn dieses Element integriert wird, sei man in der Lage zu verstehen, warum sich eine rechte Identitätspolitik bilden konnte. Auch die meisten «Grossen» seien nämlich bisher nicht in die Oper gekommen – weil sie nicht über die nötigen Mittel hierfür verfügten. Durch die Vernachlässigung der ökonomischen oder sozialen Dimension habe aber der falsche Eindruck entstehen können, dass die Körpergrösse das zentrale Kriterium über den Einlass gewesen wäre, so Di Blasi. Dadurch habe «über 1,85» allmählich zur Chiffre für «in die Oper hineinkommen» werden können. Wenn aber jene «Grossen», die nie eine Oper von Innen gesehen hatten, sich darüber ärgerten, bekamen sie immer das Gleiche zu hören: Warum beklagt ihr euch? Ihr seid über 1,85, und euch geht es immer noch besser als den weniger Grossen, euch wurde nämlich der Eintritt nie prinzipiell verwehrt. Und nachdem das länger so ging, begann für diese die Kategorie «über 1,85», die ihnen zunächst wenig bedeutet hatte, relevant zu werden,

«Die heutige Polarisierung der Gesellschaft scheint mir viel mit der verzerrten Repräsentation der jeweils anderen zu tun zu haben.»

Luca Di Blasi



Luca Di Blasi

«Einer «progressiven Identitätspolitik» steht zunehmend eine «rechte Identitätspolitik» gegenüber.»

und sie begannen, sich zusammen zu tun, so wie sich einst jene zusammaten, die wegen ihrer Körpergrösse ausgeschlossen waren. Obwohl es aber Ähnlichkeiten zu ihnen selbst gab, hatten die Letztgenannten dafür keinerlei Verständnis. Und auf diese Weise spaltete sich die Gesellschaft zunehmend in zwei Teile, und alle, die versuchten, zu vermitteln, gerieten zwischen die Fronten und wurden am heftigsten kritisiert.

Kampf um Anerkennung

Damit stünde der «progressiven Identitätspolitik» zunehmend eine «rechte Identitätspolitik» gegenüber. Selbst die Zuschreibung «Rassist:in» oder «white supremacist» würde bejahend angenommen und zur Grundlage der eigenen Politisierung und Gemeinschaftsbildung verwendet, bemerkte Di Blasi mit Blick auf die Anhänger:innen der Alt-Right-Bewegung. Damit aber tauche das spezifisch Neue eines nicht *biologistischen*, sondern *identitätspolitischen Rassismus* auf.

Auch bei weniger extremen identitätspolitischen Tendenzen von rechts sei ein Kampf um «Anerkennung» festzustellen. Mit Blick darauf betonte Di Blasi, dass

hier besonders Menschen betroffen seien, die weniger als andere Anerkennung für die eigenen Probleme erhielten, gerade weil sie einseitig als privilegiert oder dominant angesehen würden. Deshalb gelte es, auch ihnen gegenüber empathiefähig zu bleiben, wolle man die Polarisierung nicht weiter verschärfen.

Abschliessend machte Di Blasi noch auf ein weiteres Problem aufmerksam: Indem mit der Identitätspolitik auch die *mangelnde Berücksichtigung sozialer und ökonomischer Fragen* auf die andere Seite der Unterscheidung wandere, liefen auch und gerade hier Menschen, die sich auch als Opfer verstehen könnten, Gefahr, nicht die Ungleichheiten und die Ausbeutung eines bestimmten Wirtschaftssystems zu thematisieren, sondern sich als Opfer jener misszuverstehen, die sich gegen Abwertungen und mangelnde Anerkennung konstituierten, also als Opfer der Opfer. Rechte Identitätspolitik versteht sich als Opfer progressiver Identitätspolitik. Wolle man die steigenden Konflikte überwinden, gelte es daher, auf allen Seiten soziale und ökonomische Fragen angemessen zu berücksichtigen.

Marcus Moser

Der Verlust der Mehrheit?

«Die geradezu inflationäre Unterstellung eines strukturellen Rassismus untergräbt letztlich die Grundfesten einer modernen Gesellschaft.» In ihrem Referat erläuterte Katja Gentinetta, weshalb der strukturelle Rassismus als spezifisch modernes Phänomen zu verstehen ist und worin seine Brisanz herrührt.



Katja Gentinetta

«Vieles von dem, was wir heute sagen, tun oder auch nur denken, untersteht implizit, und manchmal explizit, dem Vorwurf des «strukturellen Rassismus.»

«Es liegt in der Struktur der Sache. Oder liegt es doch in ihrer Natur?» In diese Frage verstricke sich, wer sich mit dem Phänomen des strukturellen Rassismus befasse, meinte die Politikphilosophin **Dr. Katja Gentinetta**. «Vieles von dem, was wir heute sagen, tun oder auch nur denken, untersteht implizit, und manchmal explizit, dem Vorwurf des «strukturellen Rassismus.» Als «recht entschiedene Feministin alter Schule», die nachvollziehen könne, was es heisst, diskriminiert zu werden, habe sie Mühe, dieser postulierten Allgegenwart eines strukturellen Rassismus zuzustimmen. Katja Gentinetta hält dies nicht nur für übertrieben, «sondern für gefährlich, weil unserem Zusammenleben, das auf Werten wie Freiheit und De-

mokratie» beruhe, für abträglich. In einem dichten Referat suchte die Philosophin dem allgegenwärtigen Phänomen mit begrifflicher Differenzierung entgegenzutreten.

Was also ist Rassismus? Und wann wird er strukturell? Eine intuitive, alltagstaugliche Definition laute: Rassismus ist, wenn jemand aufgrund seiner «Rasse» beschuldigt, angegriffen oder diskriminiert wird. Nun sei aber der Begriff «Rasse» selber schon ein Problem. Üblicherweise würden zwei Kontexte für sein Entstehen genannt: Die Rassenpolitik des Hitlerregimes und die Auseinandersetzung um die kolonialen Praktiken des 19. und frühen 20. Jahrhunderts. Gentinetta hielt

demgegenüber fest, dass Rassismus als Phänomen älter sei als sein Begriff. Mit dieser Feststellung eröffne sich aber jenes weite Feld, auf dem erörtert werde, ob Rasse eine «natürliche, also biologische Gegebenheit meint – oder Ausdruck einer diskriminierenden Wertung» sei.

Würden Zuschreibungen wie «Wilde», «Farbige», «Unreine» als «rassistisch» bezeichnet, überlagerten sich darin Kategorien wie «Klasse, Nation, Kultur und Geschlecht», stellte Gentinetta fest. Weiter gedacht werde damit alles, was in irgendeiner Weise der Differenzierung oder Hierarchisierung zwischen Menschengruppen diene, für «rassistisch» erklärt.

Critical Race Theory

Diese Ansicht werde seit den 1980er Jahren in der in den USA an der Harvard Law School entstandenen Critical Race Theory (CRT) auch vertreten und «Rasse» als soziale Konstruktion ohne jede biologische Grundlage definiert. Assoziationen mit bestimmten Eigenschaften wie Hautfarbe, Gesichtszüge oder Haare seien demnach rein künstlich; sie wurden gemäss CRT geschaffen, um Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen. Gemäss dieser Theorie sei jede von einer weissen Mehrheit geprägte Gesellschaftsordnung und alle von ihr geschaffenen Institutionen automatisch, also «strukturell», rassistisch, so Gentinetta. Und dieser Rassismus äussere sich gemäss CRT zum Beispiel in unterschiedlichen Zugängen zu gesellschaftlichen Institutionen wie Schule und Bildung, in schlechteren Jobs mit noch schlechterer Bezahlung oder in segregierten Quartieren.

«Mit dieser Ausweitung des Rassismusbegriffs auf alle Menschen, die von einer Mehrheit zur Minderheit erklärt werden und die als «minderwertig» gelten, kann jegliche Differenzierung als «soziale Konstruktion» bezeichnet werden.» Damit werde Rassismus zu einem allumfassenden Phänomen, das als solches nicht mehr fassbar, weil nicht abgrenzbar sei. Mehr noch: Wer unablässig und radikal fordere, Menschen nur und zuerst aufgrund ihrer natürlichen und damit unabänderlichen Eigenschaften zu respektieren, laufe Gefahr, die Anerkennung, die auf Talent, Anstrengung und Leistung beruht, zu ignorieren, warnte Gentinetta.

Unabänderliche Eigenschaften, individuelle Einstellungen

Durch die unablässige Unterstellung eines strukturellen Rassismus würden die Grundfesten einer modernen Gesellschaft untergraben. Nämlich die Etablierung einer gesellschaftlichen Ordnung und Struktur, die *unabhängig* von der Natur der einzelnen Menschen funktioniere und genau dadurch die Pluralität von Individuen und Minderheiten auffangen könne. Katja Gentinetta: «Meine These lautet, dass die permanente Unterstellung eines strukturellen Rassismus – genau entgegen seiner ursprünglichen Absicht – zu einer Essentialisierung der Differenz führt. Unabänderliche persönliche Eigenschaften werden so bedeutsam und grundlegend, dass sie gerade *nicht* mehr

«Meine These lautet, dass die permanente Unterstellung eines strukturellen Rassismus zu einer Essentialisierung der Differenz führt. Unabänderliche persönliche Eigenschaften werden so bedeutsam und grundlegend, dass sie gerade nicht mehr als soziale Konstruktion verstanden werden können.»

Katja Gentinetta

als soziale Konstruktion verstanden werden können.» Der strukturelle Rassismus schlage gleichsam auf jene, die er schützen wolle, zurück. Was also tun? Katja Gentinetta schlug vor, nochmals einen Schritt zurück zu gehen und zu fragen, was wir unter «Rassismus» verstehen wollen. «Im Kern geht es darum, welche Unterschiede wir in den Blick nehmen, wenn wir von Rassismus sprechen.» Gehe es um «unabänderliche Differenzen ab Geburt, (...) dann verhält man sich rassistisch zu persönlichen Merkmalen, für die die angesprochene Person nichts kann». Jede Diskriminierung, die sich auf derartige Eigenschaften beziehe, sei nicht zu rechtfertigen.

Verstehe man unter Rassismus jedoch «jegliche Art hierarchisierender und exkludierender Zuschreibung» werde *alles* Verhalten rassistisch, was *irgendwie diskriminierend* sei. Eben – als «struktureller Rassismus». Mit der beschriebenen Gefahr der Essentialisierung.

Gentinetta plädierte klar dafür, zwischen unabänderlichen Eigenschaften ab Geburt und veränderbaren individuellen Einstellungen zu unterscheiden. Nur so hätten wir die Möglichkeit, «auf Werte und Prinzipien, die in einer modernen, demokratisch und marktwirtschaftlich verfassten Gesellschaft gelten sollen», zu rekurrieren. Demokratie sei ja gerade der Versuch, trotz Pluralismus friedlich und stabil zusammen zu leben. Werde dagegen der Fokus auf die Verfestigung der Differenzen statt auf die Möglichkeiten der Übereinkunft gelegt, werde es immer schwieriger, Gemeinsamkeiten zu erkennen. Eine «Mehrheit» gebe es dann nicht mehr. Sondern nur sich exponentiell vermehrende Minderheiten. «Gesellschaft» mutiere zu einer Ansammlung atomisierter Individuen. Damit aber, schloss die Philosophin, könnten wir mit der Kernfrage der politischen Philosophie immer wieder von vorne beginnen: «Wie wollen wir zusammenleben?»

Marcus Moser

Auf den Spuren von Antifeminismus und Frauenfeindlichkeit

Frauenhass und die Verteidigung traditioneller und hierarchischer Geschlechtermodelle zogen sich durch die vergangenen Jahrzehnte und blieben bis heute Elemente völkischen und nationalistischen Denkens. Spuren davon finden sich etwa in Johanna Spyris *Heidi* und in den Schriften des österreichischen Philosophen Otto Weiningers, erläuterte Franziska Schutzbach.

Die Autorin, Publizistin und Forscherin **Dr. Franziska Schutzbach** begann ihre Spurensuche im ausgehenden 19. Jahrhundert. Johanna Spyri veröffentlichte in jener Zeit *Heidi* und erzielte grossen Erfolg, «denn das Buch kam zum richtigen Zeitpunkt»: Ein antimoderner Zeitgeist und Kulturpessimismus griffen damals in vielen europäischen Ländern um sich. Beklagt wurde der Zerfall gesellschaftlicher Werte, der Geschlechterordnung und der nationalen Identität; Heimat und völkische Weltanschauungen setzten sich als ästhetisches Konzept durch. Spyris Werk bediente diese Strömungen, denn es beinhaltet das Grundmotiv des Völkischen, «die Idee nämlich, es gebe so etwas wie einen natürlichen, rundum harmonischen Urzustand», so Schutzbach.

Heidis Begegnung mit der neuen, urbanen Welt wird hingegen als traumatisch beschrieben; sie will zurück in ihr (Berg-)Paradies. «Und so kehrt Heidi zurück in die Berge und kümmert sich für den Rest ihres Lebens um zwei alte Männer.»

Das Fazit der Geschichte sei unmissverständlich: Die gute Natur stehe im Gegensatz zur urbanen, modernen Gesellschaft: «Heidi repräsentiert das züchtige, fürsorgliche, naive, ungebildete Weibliche» als Gegenpol zur sexualisierten, emanzipierten und intellektuellen (städtischen) Frau. Damit stehe Heidi für das, was Theodor Adorno später *Selbstidentität* nannte; für die Sehnsucht nach einem ursprünglichen, wahren Sein.

«Antifeminismus dient als gemeinsamer Nenner, unter dem sich verschiedenste Akteur:innen versammeln.»

Franziska Schutzbach

Verschränkung von Frauenhass und Antisemitismus

In der anti-emanzipatorischen Zeit Ende des 19. Jahrhunderts ging die Gegnerschaft gegen Frauenemanzipation Hand in Hand mit Antisemitismus: «Gemäss den damaligen Verschwörungsnarrationen haben Juden die Frauenbewegung zur Schwächung der arischen Männer erfunden.»

Der österreichische Philosoph Otto Weininger verfasste mit seinem Buch *Geschlecht und Charakter* eine zentrale antifeministische Schrift dieser Zeit. Auch er zog Parallelen zwischen dem Weiblichen und dem Jüdischen und behauptete etwa, beide würden die Prinzipien des rationalen Denkens unterlaufen. Hitler bediente das Motiv weiter: In *Mein Kampf* schrieb er von «kultureller Verweibung» und bezeichnete Juden als «Urform der sexuellen Frau», die den Aufstieg des arischen Mannes verhindere und das nationale Überleben gefährde.

In den 1940er und 50er Jahren argumentierte Adorno, dass sowohl Frauen- als auch Judenhass (oder generell der Hass auf alles Schwache) die Folge eines auf Härte basierenden Männlichkeitsideals seien. Dieses werde von einer permanenten Angst des Versagens getrieben. Adorno zufolge löschten Männer mit dem Hass auf Frauen das aus, was sie an sich selbst hassten und leugnen müssten. Bis heute werde Männlichkeit mit Stärke und in Abgrenzung zu Weiblichkeit festgelegt.

Obwohl die vergangenen Jahrzehnte hinsichtlich der Akzeptanz und Ausformung von weiblichen und männlichen Rollenbildern Auflockerung und Erweiterungen brachten, gebe es weiterhin frauenfeindliche Strömungen. Sie spreche, in Anlehnung etwa an Pierre Bourdieu, von einem Patriarchat ohne Patriarchen, sagte Schutzbach. Damit meine sie, «dass sich bestimmte Männlichkeitsfantasmen auch in einer weniger autoritären Gesellschaft reproduzieren».

Gemeinsamer Nenner für unterschiedliche Lager

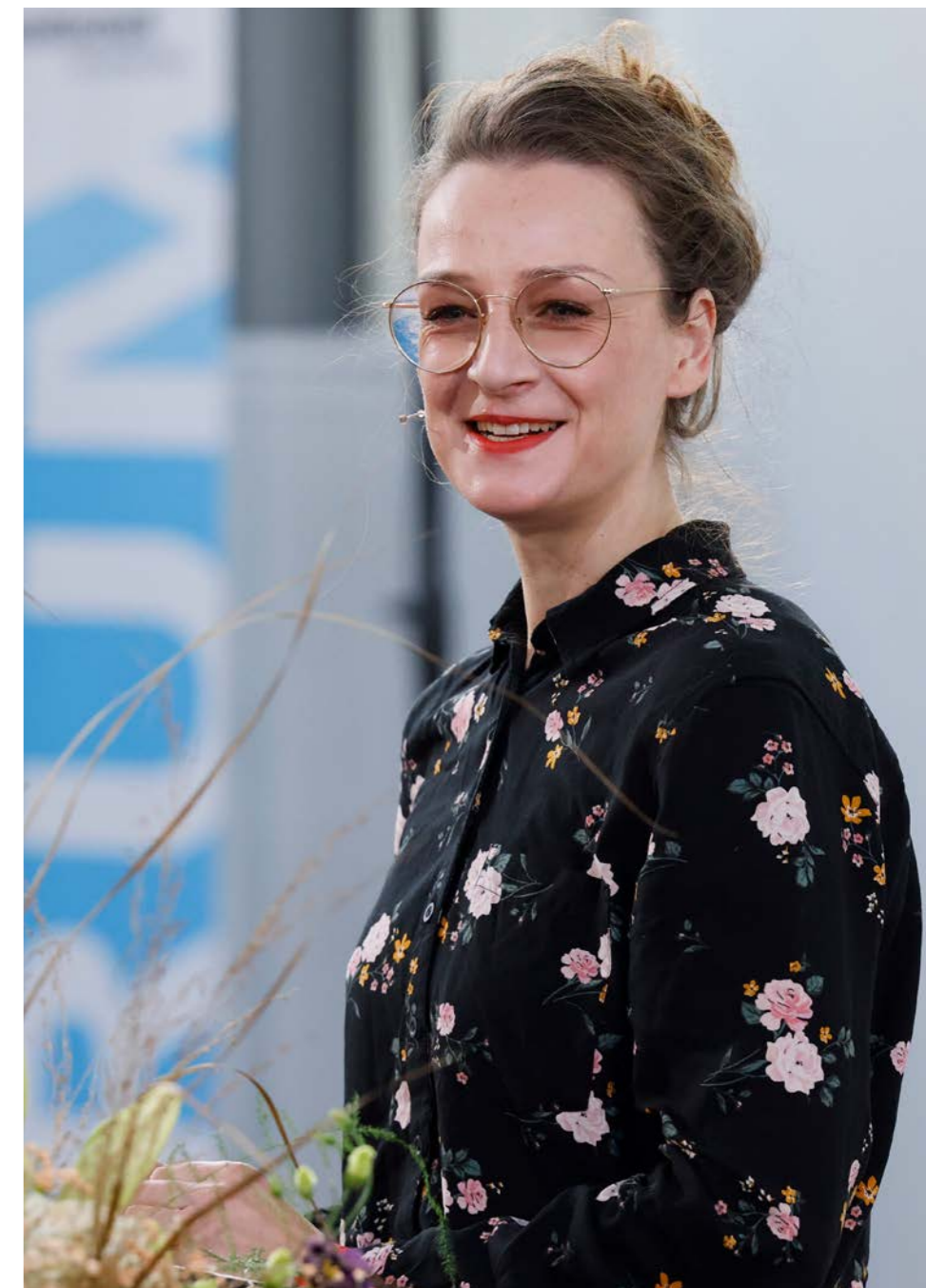
Gleichzeitig sei das Feindbild breiter geworden, indem auch gegen Anliegen von Lesben, Schwulen und Transmenschen oder gegen die Gender Studies

aufbegehrt werde. Es lasse sich eine Verschiebung vom klassischen Antifeminismus zu Anti-Gender-Positionen beobachten, stellte Schutzbach fest.

Sowohl Antifeminismus als auch Anti-Gender-Rhetorik spielten bei der «Einmüttung» rechter Weltanschauungen eine zentrale Rolle. «Antifeminismus macht rechte Positionen gesellschaftsfähig», lautete ihre These dazu. Er schaffe gemeinsame Ziele und ermögliche Teilen der Gesellschaft, unbemerkt nach rechts zu rücken, denn die Ablehnung von Feminismus oder Gender erscheine – anders als plumpe ausländischer:innenfeindliche Parolen – nicht als eindeu-

tig rechts. Antifeminismus und Anti-Gender-Diskurse hätten jedoch bei weitem nicht nur bei den Rechten Konjunktur, betonte die Referentin. Sie fänden seit einigen Jahren Anklang in allen gesellschaftlichen und politischen Milieus – inklusive Verschwörungsmithen wie beispielsweise der Vorstellung einer herrschenden Gender-Diktatur. «Antifeminismus dient als gemeinsamer Nenner, unter dem sich verschiedenste Akteur:innen versammeln. So verschieden ihre Haltungen sein mögen – beim Feindbild Feminismus oder Gender kann man sich offenbar verständigen.»

Sarah Beyeler



Franziska Schutzbach
«Antifeminismus macht rechte Positionen gesellschaftsfähig.»

Erfahrungen aus der Polizei- und Jugendarbeit

Polizist:innen sind doppelt gefordert als Vollzugsbehörde bei Rassismus und Diskriminierung und in der eigenen Betroffenheit von Hass und Gewalt; in der Jugendarbeit sind niederschwellige Angebote gefragt, um zu sensibilisieren und Betroffenen einen Raum zu geben: Johanna Bundi Ryser und Mohamed Abdirahim berichten aus der Praxis.



Johanna Bundi Ryser

«Die Leute haben verlernt, aufeinander zuzugehen und miteinander zu sprechen.»

Johanna Bundi Ryser ist die erste Frau an der Spitze des Verbands Schweizerischer Polizei-Beamter. In der Polizeiarbeit seien die Themen Rassismus und Diskriminierung nicht neu, betonte sie. Dennoch habe sie während den Vorbereitungen ihres Beitrags gestaunt, dass der Artikel 261^{bis} – die Strafnorm gegen Diskriminierung und Aufruf zu Hass – erst Mitte der 1990er-Jahre in das Strafgesetzbuch aufgenommen wurde.

Zunehmende Kultur des Hasses

Aus Sicht der Polizei lasse sich in der Gesellschaft vermehrt Respektlosigkeit und abnehmende Toleranz feststellen: «Die Leute haben verlernt, aufeinander zuzugehen und miteinander zu sprechen. Heute ruft man bei Konflikten die Polizei, die sollte dann alle Probleme lösen. Das geht natürlich nicht.»

Auch in der Politik sei der Umgang miteinander weniger respektvoll, was für die Gesellschaft kein gutes Vorbild abgebe, stellte Bundi Ryser weiter fest. Dasselbe gelte für die sozialen Medien, wo «zum Teil alle Grenzen fallen und Personen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe oder sexuellen Orientierung beschimpft werden».

Von diesen Entwicklungen sei die Polizei doppelt betroffen: Zum einen agiere sie als Vollzugsbehörde in

der Strafverfolgung, wo sie auch die Rolle von Vertrauenspersonen innehatte für Menschen, die Hilfe suchten. Zum anderen sei die Polizei selber direkt betroffen von zunehmender Gewalt und Respektlosigkeit. Auch werde der Vorwurf des institutionellen Rassismus – Stichwort Racial Profiling – immer wieder geäussert, insbesondere seit dem Tod von George Floyd in den USA im Mai 2020.

Wo liegt die Lösung?

«Die Polizei muss selbstkritisch sein und wenn nötig entsprechende Massnahmen ergreifen. Das braucht es, um das Vertrauen in der Bevölkerung zu stärken.» Bundi Ryser nannte dies die innere Reflexion. Als äussere Reflexion betreibe die Polizei viel Präventionsarbeit und suche den Dialog mit der Bevölkerung. Doch am Schluss seien alle gefordert, denn «die Polizei wird es nie schaffen, all diese Probleme alleine zu lösen. Die Wissenschaft, die Politik und auch die Gesellschaft müssen alle ihren Beitrag leisten».

Dialog und Reflexion auf Augenhöhe

Mohamed Abdirahim ist seit 2017 Berner Stadtrat für die Jungsozialist:innen und seit 2021 Vizepräsident der SP-JUSO-Fraktion. Er hat Workshops gestaltet und mehrere Konzepte geschrieben zum Thema Antirassismus und zum Aufbrechen weiss-dominierter Strukturen in Vereinen und Organisationen.



Mohamed Abdirahim

«Wir setzen in der Jugendarbeit auf Dialog und Reflexion. Es ist ein Miteinander mit den Jugendlichen auf Augenhöhe.»

Abdirahim setzt den Fokus auf die Jugendarbeit und deren Umgang mit Rassismus und Diskriminierung. Jugendliche konsumierten (soziale) Medien und übernahmen bestimmte Ausdrücke in ihre Alltagssprache, oftmals ohne sich über deren rassistische oder sexistische Bedeutung im Klaren zu sein. Es sei deshalb Aufgabe der Jugendarbeiter:innen, einerseits gemeinsam mit den Jugendlichen die Bedeutung bestimmter Begriffe zu reflektieren und andererseits für betroffene Jugendliche Räume zu schaffen, wo diese ihre Erfahrungen thematisieren und sich austauschen könnten. «Wir setzen in der Jugendarbeit auf Dialog und Reflexion. Es ist ein Miteinander mit den Jugendlichen auf Augenhöhe», betonte Abdirahim.

Ebenfalls ein niederschwelliges Angebot sei das *Projekt Dialog* des gggfon, welches den Dialog zwischen der Polizei und People of Color fördern und durch offenen und regelmässigen Austausch Vorurteile abbauen will. Die Diskussionen seien sehr fruchtbar, doch «es braucht als (weibliche) Person of Color eine grosse Überwindung, mit Polizist:innen zu sprechen, weil immer ein Machtgefüge bleibt und es um emotionale Dinge geht», gab Abdirahim zu bedenken.

Auch wenn aktuell der Rassismus gegenüber Personen dunkler Hautfarbe dominieren, dürfe man die anderen Rassismen und die damit zusammenhängende Reproduktion von Stereotypen nicht vergessen, mahnte der Referent.

Sarah Beyeler

Art. 261^{bis} StGB (Rassismusstrafnorm)

Wer öffentlich gegen eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung zu Hass oder zu Diskriminierung aufruft,

wer öffentlich Ideologien verbreitet, die auf die systematische Herabsetzung oder Verleumdung dieser Personen oder Personengruppen gerichtet sind,

wer mit dem gleichen Ziel Propagandaaktionen organisiert, fördert oder daran teilnimmt,

wer öffentlich durch Wort, Schrift, Bild, Gebärden, Tätlichkeiten oder in anderer Weise eine Person oder eine Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung in einer gegen die Menschenwürde verstossenden Weise herabsetzt oder diskriminiert oder aus einem dieser Gründe Völkermord oder andere Verbrechen gegen die Menschlichkeit leugnet, grübelnd verharmlost oder zu rechtfertigen sucht, wer eine von ihm angebotene Leistung, die für die Allgemeinheit bestimmt ist, einer Person oder einer Gruppe von Personen wegen ihrer Rasse, Ethnie, Religion oder sexuellen Orientierung verweigert, wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder Geldstrafe bestraft.

Quelle: https://www.fedlex.admin.ch/eli/cc/54/757_781_799/de#art_261_bis

gggfon – gemeinsam gegen Gewalt und Rassismus

Das gggfon ist eine Informations-, Beratungs- und Meldestelle für rassistisch diskriminierende Vorfälle. Es engagiert sich gegen rassistische Diskriminierung und sensibilisiert die Öffentlichkeit für die Thematik. Betroffene, Interessierte und Behörden erhalten kostenlos Unterstützung und Beratung bei Fragen zu Rassismus, Diskriminierung und Gewalt. Die Förderung von Zivilcourage ist ebenfalls ein zentrales Anliegen des gggfon.

Initiiert wurde das Angebot durch Gemeinden aus dem Raum Bern und Burgdorf, unterstützt wird es unter anderem durch den Kanton Bern.

<https://www.gggfon.ch>

Konflikte durch und im Vertrauen

Wer auf Vertrauen pocht, kann in bestimmten Fällen Misstrauen begünstigen. Dies ist nur eine von zahlreichen Einsichten, mit welcher Martin Hartmann, Philosophieprofessor an der Universität Luzern, die Zuhörenden zu überraschen vermochte.



Martin Hartmann
«Es ist nicht so, dass niemandem mehr vertraut werden kann.»

Prof. Dr. Martin Hartmann gilt als «Vertrauensspezialist». Aber er hält wenig auf «Sonntagsreden». Hartmann regte an der dritten Veranstaltung zu «Neuen Gräben und Mauern» dazu an, Vertrauen auch als «Krisenkategorie» zu verstehen. Es gebe Gräben, die gerade durch «Vertrauen» entstehen könnten: «Vertrauensgräben». Es gäbe Konfliktstrukturen, die durch Vertrauen allererst in die Welt gesetzt werden könnten. Martin Hartmann stellte zu Beginn seine Thesen vor, die hier vollständig wiedergegeben seien:

These 1: Es ist nicht so, dass niemandem mehr vertraut werden kann.

These 2: Wir erzählen diese Geschichte aber gerne und erklären mit ihr das sinkende Vertrauen, um andere Gründe für dieses sinkende Vertrauen nicht wahrzunehmen.

These 3: Weil Vertrauen fragil geworden ist, etablieren wir an vielen Punkten Mechanismen, die Vertrauen etwa durch Sicherheit oder Gewissheit

ersetzen sollen. Wir schaffen damit zunehmend Bedingungen, die es schwer machen, Vertrauen zu entwickeln – selbst wenn wir das noch wollten.

These 4: Die Mechanismen, die Vertrauen ersetzen sollen, ersetzen es nicht; der Bedarf an Vertrauen bricht überall immer wieder auf.

These 5: Wir brauchen Vertrauen, aber wir wissen nicht mehr, wie wir es schaffen können; weil wir ein wenig selbst schuld sind, rationalisieren wir unser Unvermögen und behaupten, man könne niemandem mehr vertrauen (siehe These 2). Wir lesen Umfragen «gerne», die uns diesen Umstand bestätigen.

These 6: Wir ziehen uns in Räume des Vertrauten zurück. Dadurch aber schaffen wir ein Innen des Vertrauten und ein Aussen des Misstrauens. Vertrauen wird eigentümlich selbst zu einer Konfliktkategorie, es wird in manchen Kontexten (Migrationsdebatte) sogar einer «Diskurswaffe».

These 7: Vertrauen schafft selbst Gräben, wir können sie Vertrauensgräben nennen. Das war immer

schon so (Locke, Tully), aber wir haben das ein wenig vergessen. Diese Gräben trennen nicht die, denen man vertrauen kann, und die, denen man nicht vertrauen kann, sondern die, von denen wir meinen, dass man ihnen vertrauen kann, und die, von denen wir meinen, dass man ihnen nicht vertrauen kann (siehe These 1).

These 8: Einfache (sonntägliche) Appelle, die fordern, man müsse wieder mehr Vertrauen haben, fruchten nicht; sie übersehen die dem Vertrauen eigene Konfliktstruktur; hilfreicher wäre es, das Vertrauen in Beziehungsmuster einzubetten und im Rahmen dieser Muster zu analysieren. Dies würde zum Beispiel zeigen, dass wir an vielen Stellen unseres alltäglichen Lebens durchaus noch viel Vertrauen haben. Wir verlieren aber die Fähigkeit, das anzuerkennen und deuten uns misstrauischer, als wir sind. Auch wäre dann deutlicher, dass manche Gräben, Gräben unterschiedlicher Werthaltungen sind, die genau in den Blick genommen werden müssen. Die Fokussierung auf das Vertrauen lässt diesen Punkt leicht undeutlich werden. Vertrauen ist immer eingebettet in ein reiches Netz von Praktiken und sollte nicht einfach als Kategorie isoliert werden. Die Corona-Krise liefert hier hilfreiche Analysen.»

Vertrauen als Kategorie gibt es nicht

Die Ausführungen von Martin Hartmann machten deutlich: DAS Vertrauen gibt es nicht. Vertrauen ist immer eingebettet in Situationen, «in ein reiches Netz von Praktiken» und sollte demnach nicht «als Kategorie isoliert» werden (T8). Vertrauen sei als Beziehungsgeschehen immer abhängig von persönlichen Werthaltungen und Umständen. Gerade weil dies so sei, rate er, Vertrauen als «Krisenkategorie» zu verstehen. Auch wenn es nicht eben nett klinge: Konfliktstrukturen könnten gerade im Rekurs auf «Vertrauen» in die Welt gesetzt werden.

Eine wichtige Rolle kommt hierbei angenommenen oder vermeintlich geteilten Werthaltungen zu. «Ich vertraue dann leichter, wenn ich unterstelle, dass die Werthaltungen gegenüber einer anderen Person oder Gruppe geteilt – oder zumindest – nicht sehr unterschiedlich sind», unterstrich der Philosophieprofessor. Vertrauen sei eben immer in eine Praxis eingebettet. Deshalb gelte es, zum besseren Verständnis geltender Konflikte nach zugrundeliegenden, vielleicht divergierenden Werthaltungen zu suchen. Vertrauen sei immer mit *Kooperationsorientierungen* respektive *Kooperationserwartungen* verbunden.

Die durchaus enttäuscht werden können. Denn: Wenn ich jemandem vertraue, hänge ich vom Goodwill der anderen Person(en) mir gegenüber ab. Gerade deshalb, so Martin Hartmann, sei Vertrauen «kein Zuckerschlecken». Es gebe im Vertrauen immer ein Risiko. Manche wollten dieses Risiko vermeiden und schlossen sich ein: zum Beispiel in den eigenen vier Wänden, zum Beispiel in Corona-Zeiten.

Wer vertraue, müsse eine gewisse Konfliktbereitschaft aufbringen, meinte Hartmann. Dies setze aber ein gewisses Selbstvertrauen voraus. Und hier entsteht ein Zirkel, der nicht aufzulösen ist. Aus der Psychologie lernen wir, dass Vertrauen Selbstvertrauen voraussetzt. Nur wenn ich davon ausgehe, dass ich mögliche Verletzungen durch nicht (in meinem Sinne) eingelöstes Vertrauen auch aushalte, bin ich bereit und in der Lage, Vertrauen zu schenken. «Selbstvertrauen hat aber viel mit Anerkennung durch andere zu tun», gab Martin Hartmann zu bedenken. Darum spielten Erfahrungen, zum Beispiel eine gelungene frühe Sozialisation dank Liebe und Anerkennung in der Kindheit, eine gewichtige Rolle.

Vertrauen als Anerkennungsfunktion und Vertrauenskultur

Als politischer Begriff werde «Vertrauen» auch in der Debatte um Migration als Kampfbegriff verwendet. Durch Umfragen würden heute fragwürdige Rankings bezogen auf Länder und Kulturen als Vertrauens- respektive Misstrauenskulturen erstellt. «Wenn Menschen aus Ländern mit vermeintlich defekten Vertrauenskulturen kommen, wollen wir die nicht», beschrieb Martin Hartmann eine mögliche Auswirkung. «Wir bleiben dann lieber unter uns.» Vertrauen ist auch politisiert. Es ist keine harmlose Kategorie. Sie bestimmt über gewünschte Einschlüsse – oder über Ausschlüsse.

Marcus Moser

«Vertrauen ist immer mit Kooperationsorientierungen respektive Kooperationserwartungen verbunden.»

Martin Hartmann

Erfahrene Gewalt und ihre Auswirkungen

Der Kriminologe Christian Pfeiffer hat in Langzeitstudien den Wandel der Erziehungskultur in Deutschland untersucht. Die Befunde sind klar: Gewaltfreie Erziehung führt zu einer friedfertigeren Gesellschaft.

Wenn von Gesellschaftsspaltungen die Rede ist, werde die USA oft als Paradebeispiel aufgeführt, «weil jeder von aussen spüren kann, (...) dass diese Gesellschaft weit zersener ist als die unsere und dass das Misstrauen weiter wächst!» so **Prof. em. Dr. Christian Pfeiffer**, ehemaliger Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen. Wie kommt es dazu?

Mehr Liebe, weniger Hiebe

Christian Pfeiffer hat in Deutschland ab 1992 in gross angelegten empirischen Untersuchungen generationsübergreifend die wahrgenommene elterliche Zuneigung in der Kindheit untersucht. Im Zentrum standen die erinnerten Erfahrungen zwischen dem 6. und 12. Lebensjahr. Die Teilnehmenden aufeinanderfolgender Generationen wurden dazu befragt, ob sie sich von ihren Eltern geliebt fühlten. Und sie wurden auch danach gefragt, ob und wie häufig sie von diesen geschlagen wurden. Das Ergebnis sei eindeutig: Die Anzahl jener, die in ihrer Jugend liebevolle Eltern erlebt hätten, sei von den 1930er bis zu den 2010er Jahren kontinuierlich gestiegen.

«Mehr Liebe und weniger Hiebe!
Das ist die grosse Überschrift
über den Wandel der Erziehung.»

Christian Pfeiffer

Während bloss 28 Prozent der Personen, die in den 1930er Jahren Kinder waren, sich von ihren Eltern als geliebt wahrgenommen hätten, sei dieser Prozentsatz 2011 auf 75 Prozent gestiegen. Aber nicht nur fühlten sich Kinder heute stärker geliebt, sondern sie würden auch weniger Gewalt durch ihre Eltern erfahren: So gaben 2011 mehr als zwei Drittel an, gewaltfrei aufzuwachsen, während in den 1930er Jahren dies laut den Untersuchungen nur 25 Prozent der deutschen Kinder vergönnt war. Die empirischen Daten zeigen nach Pfeiffer klar, dass sich in Deutschland die Erziehungskultur stetig in dieselbe Richtung entwickelte: «Mehr Liebe und weniger Hiebe! Das ist die grosse Überschrift über den Wandel der Erziehung.»

Mehr Hiebe – mehr Misstrauen

Bei einem Vergleich mit empirischen Daten aus den USA zum gleichen Sachverhalt entspreche die aktuelle amerikanische Erziehungskultur etwa derjenigen der 1940er Jahre in Deutschland, erläuterte Pfeiffer. Dem Satz *Ab und zu eine Tracht Prügel schadet keinem Kind* stimmten in Deutschland heute weniger als 30 Prozent der befragten Erwachsenen zu. In den USA dagegen fänden 70 Prozent der Befragten, dieser Satz sei wahr.

Wie lässt sich dieser Unterschied erklären? Die Erziehungskultur sei untrennbar mit Werthaltungen verbunden und letztere seien stark von religiösen Überzeugungen geprägt, zeigte sich Christian Pfeiffer überzeugt. So würden evangelisch-freikirchliche Gläubige eher die Ansicht vertreten, «dass Anstand erst durch Schlagen wächst», so Christian Pfeiffer. Gerade in den Südstaaten der USA sei diese Erziehungshaltung immer noch stark verbreitet. Dies erkläre auch die hohe Zahl von ausgeführten Todesstrafen in diesen Bundesstaaten, denn 60 Prozent aller geschlagenen Kinder befürworteten die Todesstrafe auch als Erwachsene.

Weniger Hiebe – mehr Toleranz

Aus empirischen Forschungen mit Jugendlichen aus den neunten Klassen niedersächsischer Schulen gehe klar hervor, dass Kinder, die physisch für Fehlverhalten bestraft würden, ein höheres Mass an Misstrauen

Christian Pfeiffer

«Aus einer gewaltfreien und liebevollen Erziehung erwächst mehr Toleranz und Neugierde auf das Fremde.»



gegenüber Neuem entwickelten. «Aus einer gewaltfreien und liebevollen Erziehung erwächst mehr Toleranz und Neugierde auf das Fremde», so Pfeiffer. Und dies verhindere nicht nur Fremdenhass, sondern wirke sich auch positiv auf die Zufriedenheit mit dem eigenen Leben aus. «Generell kommen wir zu der Einschätzung, dass schlagende Eltern offenbar ihren Kindern demonstrieren, dass der Stärkere sich mit Gewalt durchsetzen darf und soll», unterstrich der Kriminologe. Die Folgen des Wandels der Erziehungskultur hin zu gewaltfreier Erziehung in Deutschland zeige sich auch in weiteren Statistiken: Die Selbstmordraten und die Gewaltbereitschaft würden seit Jahren bei den Jugendlichen am stärksten sinken.

Eine Rede als Grund für den Wandel

Aber wie kam es zu diesem Wandel in der Erziehungskultur Deutschlands? Dies sei, zeigte sich Christian Pfeiffer überzeugt, vor allem auf einen Vortrag von Astrid Lindgren zurückzuführen. Lindgren hielt anlässlich der Vergabe des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels 1978 eine fulminante Rede mit dem Titel *Niemals Gewalt!*. «Diese Rede hat uns erschüttert», erinnerte sich Pfeiffer. «Nach ihrer Rede (...) stiegen die Mitgliedschaften im Kinderschutzverein Deutschlands drastisch an.» Lindgren rief dazu auf, auf Gewalt als Erziehungsmethode zu verzich-

ten. Die empirisch beobachtbaren Folgen seien immens, insgesamt könne die Wirkung von Lindgrens Rede nicht überschätzt werden, unterstrich Pfeiffer. Der Schutz vor Körperstrafe wurde in Schweden bereits 1979 gesetzlich verankert, in Deutschland ist das Recht auf gewaltfreie Erziehung inzwischen ebenfalls gesetzlich festgehalten. Mit Blick auf die Schweiz stellte Christian Pfeiffer fest, dass ein Züchtungsverbot bis heute in der Schweizerischen Gesetzgebung fehle. «Ihr habt da noch etwas offen», mahnte er zum Schluss seines engagierten Referats.

Doris Moser

Neue Gräben und Mauern?

Esther Girsberger und Martin R. Dean sind sich im Gespräch einig: Neue gesellschaftliche Phänomene verlangen Sichtbarkeit und eine angepasste Sprache.

Moderation Virginia Richter



Virginia Richter (VR):

Unsere Veranstaltung heisst «Neue Gräben und Mauern. Wenn Gesellschaften sich polarisieren und wie Spaltungen überwunden werden». Teilen Sie den Befund, dass unsere Gesellschaften sich polarisieren und Spaltungen zunehmen?

Esther Girsberger (EG):

Meiner Meinung nach muss man dies differenzieren: Heute ist die Gesellschaft polarisierter als früher – aber nicht unbedingt stärker gespalten. In den 1960er Jahren haben sich die jungen Leute gegen die autoritären Strukturen aufgelehnt; da waren die Spaltungen grösser...

Martin R. Dean (MRD):

Ich glaube auch, dass die Spaltung heute eine andere Qualität hat. In den 1960er Jahren gab es eine heftige Spaltung zwischen Teilen der jungen Leute und dem sogenannten Bürgertum. Aber: Die beiden Lager waren aufeinander bezogen wie Katz und Maus. Heute beobachte ich ein Auseinanderdriften von gesellschaftlichen Schichten, die nichts mehr voneinander wissen. Damit verbunden ist ein schleichender Zerfall von Öffentlichkeit.

EG

Da bin ich nicht einverstanden: Wir haben doch mehr Öffentlichkeit denn je. Aber diese Öffentlichkeit findet nicht mehr in der Begegnung statt. Sie findet statt via Smartphone, ohne Begegnung. Das ist ein Problem.

MRD

Einverstanden. Der koreanisch-deutsche Philosoph Byung-Chul Han spricht von der «Infokratie». Das Handy bringt Leute nicht zusammen, es verwandelt Gemeinschaft in Information...

Aber vielleicht sollten wir uns die Analyse nicht zu einfach machen. Es entstehen ja nicht nur neue Grenzen – es werden zugleich auch Grenzen verwischt.

VR

Welche?

MRD

Bei der Errichtung von neuen Grenzen geraten zugleich andere in Bewegung. Nehmen wir Gender-Grenzen und die heutige Rede von der fluiden

Sexualität: Wenn junge Leute sich nicht mehr auf ein Geschlecht festlegen mögen. Oder die langsame, fluide Entwicklung im Bereich der Ethnie, wenn sich vormalig klar abgegrenzte ethnische Bevölkerungsgruppen im Zuge der Migration langsam vermischen. Es ist anspruchsvoll, diese gegenläufigen Bewegungen zusammen zu denken.

Quoten und Vielfalt

VR

Ich möchte das Stichwort der fluiden Gender-Grenzen aufgreifen. An Universitäten sind solche Überlegungen heute recht geläufig, andere Teile der Gesellschaft stehen Selbstbezeichnungen wie LGBTQ+ verständnislos gegenüber. Da gibt es grosse Differenzen und auch Verständigungsschwierigkeiten – eben ein Auseinanderfallen der Gesellschaft...

EG

Das ist so. Wir haben heute eine vielfältigere Gesellschaft als früher. Im positiven wie im negativen Sinn. Es braucht einen längeren Prozess, bis man diese Vielfalt nicht nur positiv empfindet, sondern sie lebt und auch zu nutzen weiss...

VR

Einen solchen Prozess scheinen Sie selbst bezogen auf «Frauenquoten» durchlaufen zu haben. Von der Ablehnung hin zur Befürwortung...

EG

Ich bin für eine vorübergehende Frauenquote – und hoffe, dass wir sie bald nicht mehr brauchen. Aber ohne vorübergehende Frauenquote dauert der Prozess der Gleichstellung einfach zu lange. Es gibt in allen Bereichen kompetente Frauen! Und immer mehr Frauen trauen sich auch, nach vorne zu stehen und sich sichtbar zu machen.

VR

Würden Sie das Plädoyer für eine Quote auch auf andere unterrepräsentierte Gruppen ausweiten wollen? Zum Beispiel auf Migrant:innen? Auf People of Color?

EG

Wir brauchen Vielfalt! Für mich spielt aber der numerische Anteil einer Gruppe im Hinblick auf eine Quote schon eine Rolle. Es braucht meiner Ansicht nach ein gewisses gesellschaftliches Gewicht, damit ein Anspruch auf entsprechende Sichtbarkeit oder Vertretung gerechtfertigt werden kann.

VR

Herr Dean, Sie werden von ihren Verlagen einerseits als Person mit Migrationshintergrund, als Person of Color, vermarktet, aber gleichzeitig von der Kritik nicht als solche Person gewürdigt. Ist der schweizerische Literaturbetrieb «farbenblind»?

MRD

Nun: Vor Black Lives Matter, also bis vor rund zwei Jahren, war meine Herkunft und Hautfarbe für die Literaturkritik kein Kriterium, da kaum jemand aus diesem Personenkreis Erfahrungen mit Migration hatte. Das beginnt sich zu ändern. Aber zu den Quoten: Ich finde den Vergleich von Menschen mit Migrationserfahrungen mit der Frauenfrage gut. Ein Aspekt ist mir mit Blick auf die heutige Situation wichtig: die Veränderung der Perspektive, die durch den Miteinbezug anderer Gruppierungen – zum Beispiel durch Migrant:innen – möglich wird. Heute sagen wir ganz selbstverständlich, dass sich die Perspektive auf eine Problemstellung durch Einbezug von Frauen ändert. Das gilt aber auch für andere Gruppen. Insofern sind wir auf einem guten Weg...

Sprache und Aufklärung

VR

Sie sprechen in ihrem Buch mit Angélique Beldner eindringlich über die Einsamkeit, die Sie beide als die jeweils einzige Person of Color in ihrer Kindheit in der Schweiz erfahren haben. Da scheint sich ja wirklich in den letzten Jahren seit Black Lives Matter etwas verändert zu haben...

MRD

Früher war das Thema «Rassismus» hier tabuisiert: Darüber konnte man nicht sprechen. Durch die Tatsache, dass nun viele Menschen mit Migrationserfahrungen in die Schweiz gekommen oder auch hier geboren sind, hat sich das geändert. Heute ist es möglich, in der Schweiz über Rassismuserfahrungen zu sprechen.

EG

Aber es gab ja bereits 1970 die Schwarzenbach-Initiative gegen «Überfremdung». Das Unbehagen gegen Migration prägte seither die Auseinandersetzungen in der Schweiz mit. Was ist der Grund, weshalb sich dies nun ändert?

MRD

Meine persönliche Meinung: Es braucht eine Sprache, um die unterschiedlichen Erfahrungen benennen zu können. Die Black Lives Matter-Bewegung in den USA hat das Bewusstsein für Ausgrenzungserfahrungen verstärkt. Aber wir können sie nicht einfach übernehmen. Jetzt stellen sich eben Fragen wie: Wie sieht Ausgrenzung hier aus? Wie sieht Rassismus hier aus? Das ist ein weites Feld, weil wir in der Schweiz ja Spezialist:innen sind für Fragen von Differenzen. Denken Sie an die verschiedenen Kantone, Sprachen, Kulturen und so weiter. Wir brauchen hier eine neue Sprache – und da stehen wir am Anfang.

VR

Viele Begriffe, die heute wichtig, aber auch umstritten sind, stammen aus der Diskussion in



Esther Giersberger

«Wir haben mehr Öffentlichkeit denn je. Aber diese Öffentlichkeit findet nicht mehr in der Begegnung statt.»



Martin R. Dean

«Es entstehen ja nicht nur neue Grenzen – es werden zugleich auch Grenzen verwischt.»

den USA. Denken Sie an People of Color usw. Viele Aktivist:innen bestehen auf der korrekten Verwendung dieser Bezeichnungen, während viele Normalbürger:innen diese Welt nicht mehr verstehen – und ablehnend oder trotzig werden. Denken wir an die Auseinandersetzung um die Benennung der bekannten Süßspeise. Einige beklagen, dass gerade durch diese neue Sprachverwendung neue Gräben entstehen.

EG

Die sogenannte Gendersprache ist in vielen Beanstandungen gegenüber SRF ein Thema: Genderstern, Gendergap, Doppelpunkt und so weiter. Nur: Die Sprache ändert sich mit der Gesellschaft. Ich schreibe dann jeweils in meinen Antworten an die Beanstander, die in dieser Frage alle männlich sind: Das muss man halt einfach schlucken.

Für mich entscheidend ist aber die Kontextualisierung. Ich habe selber Mühe mit Übertreibungen, zum Beispiel wenn bei Restaurants in der Altstadt kunsthistorisch wertvolle Reliefs abgetragen werden, weil Inschriften und Abbildungen bei einigen Anstoss erregen. Da verstehe ich Leute, die das übertrieben finden. Besser wäre hier meiner Meinung nach die Kontextualisierung, die anschaulich macht, in welcher Zeit und unter welchen Umständen die Namensgebung entstanden ist.

MRD

Mit etwas Distanz formuliert: Es ist eine spannende Zeit. Ich mag Menschen, die nach Wörtern suchen. Ich habe selber dank dem Gendersternchen gelernt, wo Frauen überall nicht mitgemeint sind – und gestaunt. Es ist nicht schlecht, wenn eine weisse Mehrheit bei gewissen Worten einen Moment lang darüber nachdenkt, in welchen kolonialen oder rassistischen Vergangenheiten diese Worte entstanden sind.

Eine andere Beobachtung: Viele der jetzt angemahnten Bezeichnungen – wie People of Color PoC – stammen aus dem akademischen Bereich. Dieser Akademismus

treibt eine gewisse Art von radikalem Fortschritt voran, den ich nicht überall gut finde. Aufklärung kann bei Verbot und Empörung ins Gegenteil umschlagen. Eine Aufklärung, die sich nur im akademischen Bereich bewegt, ist meiner Meinung nach keine Aufklärung. Ich bin gegen Verbote. Weisse Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich auch in Verlegenheit ein Wort suchen zu müssen. Aufklärung – ganz mit Kant – dauert halt lange und muss in alle Bevölkerungskreise einsickern.

Sichtbarkeit und Ausgrenzung

VR

Esther Giersberger, Sie haben ja selbst auch einen vielschichtigen Hintergrund – Sie sind in einer jüdisch-christlichen Familie aufgewachsen. Haben Sie in Ihrer Kindheit auch Erfahrungen mit Ausgrenzungen gemacht?

EG

Nein. Herr Dean hat auf die Sichtbarkeit hingewiesen; meine jüdisch-christliche Herkunft war in dieser Art und Weise eben nicht sichtbar. Wir waren nicht orthodox. Dass meine Mutter ausserjüdisch geheiratet hat, war innerfamiliär immer wieder ein Thema. Ich bin selber mit einem Katholiken verheiratet und habe kaum antisemitische Erfahrungen machen müssen.

VR

In verschiedenen Kulturen, Sprachen, Religionen aufzuwachsen, kann ja auch eine Bereicherung sein. Wie sehen Sie das?

EG

Es ist auch eine Verpflichtung. Wenn man einer derartigen Geschichte entstammt, gibt es meiner Meinung nach eben auch die Pflicht, gewisse Dinge anzusprechen. Antisemitismus zum Beispiel. In diesem Sinne ist es Bereicherung und Verpflichtung. Und nicht immer ganz angenehm.

MRD

Ja, wenn man zwischen den Stühlen sitzt, muss man etwas daraus machen. Aber man kann nicht alles daraus machen. Hätte ich beschlossen, Politiker zu werden, hätte ich mich zu meiner Zeit in der Schweiz todunglücklich gemacht. Diese Möglichkeit gab es damals noch nicht. Frau Giersberger hat recht: Man muss sich einen Ort suchen, wo dieses Dazwischen stattfinden kann. Ich habe meinen Ort im Schreiben gefunden. Da hat mir meine Distanz hier sehr viel gegeben. Solche Situationen erleben heute Millionen von Menschen, die migrieren und migrieren müssen. Denken wir nur an die Ukrainer:innen. Sie kommen in Gesellschaften, in denen sie nicht dazu gehören. Die Verpflichtung besteht für mich darin, davon zu erzählen. Es geht aber nicht nur um die Schweiz. Dieses Problem hat globale Auswirkungen. Unter diesen Bedingungen eine Selbstverständlichkeit des Lebens zu erreichen, ist ein hohes Gut. Nur so kann man sich selber entfalten. Das ist für mich auch eine Umschreibung von Rassismus: als Verhinderung von Lebens- und Entfaltungsmöglichkeiten.

Schule und Integration

VR

Neben der Familie ist die Schule der wichtigste Ort, an dem Persönlichkeiten geformt und Lebenschancen eröffnet oder geschlossen werden. Herr Dean, Sie waren lange Zeit auch Lehrer und betonen, dass es wichtig ist, wie Lehrpersonen Schüler:innen mit Migrationserfahrung ansprechen...

MRD

In der Schule treffen unterschiedliche Menschen aufeinander, da ist der Erfahrungshorizont mitentscheidend. Wir haben bis jetzt wenig Lehrkräfte mit einer Migrationsgeschichte. Da ist es schwierig, Jugendliche mit diesem Hintergrund an ihrem Standort abzuholen. In dieser Hinsicht ist die Situation nicht sonderlich gut an den Schweizer Schulen. Die Lehr-

pläne, die Weiterbildung, aber auch zum Beispiel der Literaturkanon wären an die sich verändernde Situation anzupassen.

EG

Einverstanden, aber nur teilweise: Neben neuen Themen wie Black Lives Matter, Cancel Culture und anderen mehr sollten auch alte Themen wie Demokratie, Rechtsstaatlichkeit oder Globalisierung angemessen besprochen werden.

MRD

Einverstanden. Aber heute beschäftigt in den Gymnasien das Thema Digitalisierung deutlich mehr als die neue Zusammensetzung unserer Gesellschaft... Die Lehrkräfte sind nicht auf Schüler:innen mit Migrationshintergrund vorbereitet.

VR

Wir haben auf ein Ende von Corona gehofft, jetzt sind wir mit dem Angriffskrieg in der Ukraine und seinen Folgen konfrontiert. Hunderte von Flüchtlingen, meistens Frauen und Kinder, kommen Tag für Tag in die Schweiz. Die Hilfsbereitschaft der Schweizer:innen ist gross. Wird das anhalten?

EG

Ich bin da etwas pessimistisch. Wirtschaftlich werden uns die Folgen des Krieges jahrelang beschäftigen. Ich befürchte, dass diese Solidaritätswelle nicht beliebig andauern wird.

MRD

Wir müssten politisch an einer Gesellschaft arbeiten, die Migranti:innen und Flüchtlinge aufnehmen und integrieren kann. Mir macht Angst, dass unsere Gesellschaften diese Aufgabe wegen der Digitalisierung und Blasenbildung vielleicht nicht stemmen können.

Aufgezeichnet von Marcus Moser

Häufig verwendete Begriffe kurz erklärt

Alt-Right-Bewegung ist eine Bewegung, die eine ethnisch homogene weisse Bevölkerung auf dem Gebiet der Vereinigten Staaten zum Ziel hat. Sie verbindet offenen Rassismus mit der radikalen Ablehnung des Feminismus, der Bestärkung rigider Geschlechterrollen und der Zurückweisung einer vermeintlich politischen Korrektheit.

Binarität bezieht sich auf ein Geschlechtersystem, das von zwei Geschlechtern – Mann und Frau – ausgeht und dies als die natürliche Ordnung wahrnimmt (→ Heteronormativität).

Blackfacing ist ein Begriff aus den USA. Er geht zurück auf die *Minstrel Shows* des 18. und 19. Jahrhunderts und bedeutet, dass sich ein weisser Mensch das Gesicht bemalt, um auf der Bühne eine Figur mit dunkler Haut darzustellen – und sie dadurch abwertet. Die *Minstrel Shows* waren Musik- und Unterhaltungsveranstaltungen, bei denen oft weisse Musiker die Sprache und den Tanz von Afroamerikanern karikierten.

Black Lives Matter ist eine Bewegung, die 2013 in den USA entstanden ist und sich gegen Gewalt gegen → Schwarze und → People of Color einsetzt. Nach dem Tod George Floyds 2020 rückte die Bewegung auch international verstärkt in den Fokus.

Cisgeschlechtlich bezieht sich auf Personen, die sich mit dem bei der Geburt zugeordneten Geschlecht identifizieren. Mit dem Begriff soll «klar gemacht werden, dass Cis-Personen nicht «normal», sondern eben «Cis» sind. Dies soll die gängige Sichtweise brechen und die Bedingungen ändern, unter denen transgeschlechtliche Menschen stets als Abweichung und als Fehler begriffen werden» (Felicja Ewert).

Critical Race Theory CRT entstand in den USA und definiert → Rasse als soziale Konstruktion ohne biologische Grundlage. Assoziationen mit bestimmten Eigenschaften wie Hautfarbe oder Gesichtszüge wurden gemäss CRT geschaffen, um Unterdrückung und Ausbeutung zu rechtfertigen.

Diskriminierung bezieht sich auf jede Handlung, die absichtlich oder unabsichtlich Personen aufgrund ihres Ge-

schlechts, Alters, ihrer Hautfarbe, ihres Familienstands, ihrer Grösse, sexuellen Ausrichtung, Religion, politischen Überzeugung, sozialen Lage und ihrer Herkunft etc. benachteiligt oder begünstigt.

Feminismus umfasst verschiedene Bewegungen und Theorien, die sich für die politische, wirtschaftliche, kulturelle, persönliche, soziale und rechtliche Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen. Er zielt darauf ab, alle Formen der Diskriminierung von Frauen zu bekämpfen. Im Feminismus wird keine Vormachtstellung der Frau verlangt, er fordert vielmehr ihre Emanzipation, die Verbesserung und Erweiterung der Rollen und der Rechte von Frauen in der Gesellschaft.

Fremdenfeindlichkeit / Xenophobie ist die Ablehnung von Personen anderer Herkunft aufgrund der subjektiv empfundenen Fremdheit, ohne damit auf spezifische Menschengruppen ausgerichtet zu sein.

Gender bezeichnet die Geschlechtsidentität, die sozio-kulturell bestimmt wird (→ Sex). Die Unterscheidung zwischen Gender und Sex geht insbesondere auf die US-amerikanische Philosophin Judith Butler und ihr Werk «Das Unbehagen der Geschlechter» zurück.

Gender-Doppelpunkt ist eine Form der gendergerechten Schreibweise und deutet die geschlechtliche Vielfalt einer Personenbezeichnung an. Er gilt als leser:innenfreundlicher als das Gendersternchen oder der Unterstrich und erfüllt die Barrierefreiheit für sehbehinderte oder blinde Menschen. Screenreader lesen den Doppelpunkt normalerweise als kleine Pause vor.

Hassrede / Hate speech bezeichnet Äusserungen, welche eine Person(engruppe) verunglimpfen. Hassrede ist immer abwertend, doch nicht jede Hassrede gilt als gefährlich genug, dass sie rechtlich unzulässig wäre und einen Eingriff in die Meinungsfreiheit rechtfertigen würde. Hassreden verbreiten sich zunehmend im Internet, was die rechtliche Ahndung oft erschwert.

Heteronormativität postuliert Heterosexualität als soziale Norm. Es werden

ausschliesslich zwei Geschlechter (männlich und weiblich) und heterosexuelle Beziehungen zwischen ihnen anerkannt (→ Binarität).

Identitätspolitik stellt Bedürfnisse einer spezifischen Gruppe von Menschen in den Mittelpunkt für politisches Handeln. Personengruppen im Sinne der Identitätspolitik werden meist unter Kategorien wie Klasse, Geschlecht, Herkunft und sexuelle Orientierung als Gruppen bezeichnet. Es wird hierbei weniger auf die ökonomischen und politischen Interessen eingegangen, sondern eher der Fokus auf die kulturellen Aspekte einer Gruppe gelegt.

Inklusive Gesellschaft beschreibt eine Gesellschaft, in der jeder Mensch akzeptiert wird und gleichberechtigt und selbstbestimmt an dieser teilhaben kann – unabhängig von Geschlecht, Alter oder Herkunft, von Religionszugehörigkeit oder Bildung, von eventuellen Behinderungen oder sonstigen individuellen Merkmalen. In der inklusiven Gesellschaft gibt es keine definierte Normalität, die jedes Mitglied dieser Gesellschaft anzustreben oder zu erfüllen hat.

Institutioneller Rassismus liegt vor, wenn Abläufe oder Regelungen in Institutionen bestimmte Menschen und Gruppen benachteiligen und ausgrenzen.

Intergeschlechtlichkeit bedeutet, dass ein Körper sowohl männliche als auch weibliche Geschlechtsmerkmale aufweist und eine eindeutige Zuschreibung über das binäre Geschlechtssystem nicht möglich ist.

Intersektionale Diskriminierung beschreibt Diskriminierungsformen, die sich nicht voneinander trennen lassen und sich gegenseitig bedingen. Sie liegt vor, wenn beispielsweise ein dunkelhäutiger, junger Mann ohne konkretes Verdachtsmoment einzig aufgrund seines Geschlechts, seines Alters und seiner Hautfarbe polizeilich kontrolliert wird (→ racial profiling).

LGBTQ ist ein englisches Akronym und steht für: **L**esbian, **G**ay, **B**isexual, **Q**ueer und **T**ransgender. Der Begriff kann mit weiteren Buchstaben ergänzt werden, zum Beispiel mit Asexual. All den Begriffen

ist gemeinsam, dass sie sich gegen eine heteronormative Sicht wehren (→ Heteronormativität).

Misogynie bezieht sich auf den Hass auf Frauen und auf ihre radikale Abwertung, welche sowohl von Männern als auch von Frauen ausgehen kann. Die verschiedenen Erscheinungsformen der Misogynie reichen von der fehlenden Empathie für Frauen bis hin zum Femizid, dem Töten einer Person wegen ihres weiblichen Geschlechts.

Person / People of Color (PoC) ist eine Selbstbezeichnung von Menschen, die Rassismus erfahren. Ziel ist es, Gemeinsamkeiten zwischen Gruppen mit unterschiedlichen historischen Hintergründen zu benennen.

Queer bezieht sich auf eine Vielfalt an sexuellen und romantischen Orientierungen und Geschlechtsidentitäten, die jenseits der Cis-Heteronorm liegen. Der Begriff entspricht auch einem politischen Mindset, das → Binarität infrage stellt.

Racial profiling passiert, wenn eine Person ohne konkretes Verdachtsmoment allein wegen ihres Aussehens, ihrer (vermuteten) ethnischen Herkunft und/oder aufgrund ihrer religiösen Zugehörigkeit von Polizei-, Sicherheits- oder Zollbeamten:innen angehalten und kontrolliert wird.

Rasse wird hier als eine soziale Konstruktion verstanden, welche Menschen aufgrund physiologischer, genetischer, sozialer, kultureller, symbolischer oder intellektueller Unterschiede kategorisiert und typisiert.

Rassismus folgt einem bestimmten Muster der Kategorisierung und Typisierung: Personen werden zum Beispiel aufgrund von körperlichen oder kulturellen Merkmalen, ihrer Herkunft, ihrer religiösen Weltanschauung definiert und kategorisiert und aufgrund dieser Merkmale diskriminiert.

Struktureller Rassismus bezieht sich auf explizite und implizite gesellschaftliche Wertvorstellungen und Hierarchisierungen, die Ungleichheiten produzieren und den Zugang zu sozialen, politischen, ökonomischen und kulturel-

len Ressourcen erschweren. Es handelt sich um historisch gewachsene Ausgrenzung und Benachteiligung bestimmter Gruppen, welche als «normal» hingenommen und deshalb nicht unbedingt bemerkt oder hinterfragt werden.

Schwarz wird hier grossgeschrieben, da es sich nicht um eine faktische Beschreibung einer Hautfarbe handelt, sondern um eine gesellschaftliche und politische Position, die Menschen zugeschrieben wird.

Sex meint das biologische Geschlecht, das dem Menschen bei der Geburt zugewiesen wird (→ Gender).

Sexismus richtet sich in einer männerdominierten Gesellschaft vorwiegend – aber nicht ausschliesslich – gegen Frauen. Diese werden durch Worte, Gesten, Verhaltensweisen oder Handlungen herabgewürdigt, diskriminiert oder ausgeschlossen.

weiss soll hier nicht eine tatsächliche Hautfarbe beschreiben, sondern bezieht sich auf eine Position in der hierarchischen (rassistischen) Ordnung. Gemeint ist eine Zuschreibung aufgrund der Herkunft und Erscheinung, daher ist der Begriff kursiv geschrieben.

White Supremacy oder weisse Vorherrschaft ist eine Ideologie, die in den USA nach der Sklavenbefreiung im späten 19. Jahrhundert entstand. Viele weisse Amerikaner:innen fürchteten, ihre Vorherrschaft zu verlieren, deswegen sollten die politische Macht und der politische Einfluss von Afroamerikaner:innen, aber auch von Einwanderer:innen eingeschränkt werden.

Quellen:

Beratungsnetz für Rassismusopfer
www.network-racism.ch/de/fallbeispiele/glossar/index.html

Education21
https://www.education21.ch/sites/default/files/uploads/themendossier/Gender/201202_Gender_Glossar.pdf

Eidgenössisches Departement des Innern, Fachstelle für Rassismusbekämpfung
www.edi.admin.ch/edi/de/home/fachstellen/frb/FAQ/wie-definiert-die-fachstelle-fuer-rassismusbekampfung-rassismus.html

Eidgenössische Kommission gegen Rassismus
www.humanrights.ch/cms/upload/pdf/081202_Stichworte_Rassismus.pdf

humanrights.ch
<https://www.humanrights.ch/de/ipf/menschenrechte/rassismus/dossier/was-ist-rassismus/>

Zuletzt abgerufen am 15. März 2022

Referent:innen

Mohamed Abdirahim ist seit 2017 Berner Stadtrat für die Jungsozialist:innen und seit 2021 Vizepräsident der SP/JUSO-Fraktion. Er arbeitet als Projektleiter im Bereich der Jugendarbeit im Kanton Bern.

Johanna Bundi Ryser ist seit 2016 Präsidentin des Verbandes Schweizerischer Polizei-Beamter mit über 26 000 aktiven Mitgliedern aus allen Landesteilen. Sie absolvierte im Jahr 1991 die Polizeischule der Kantonspolizei Graubünden und arbeitete anschliessend als Polizistin. Im Jahr 1999 wechselte sie nach Bern zum Bundesamt für Polizei fedpol in die Bundeskriminalpolizei. Berufsbegleitend liess sie sich an der Fachhochschule Bern zur Mediatorin ausbilden.

Martin R. Dean ist Schriftsteller und Essayist. Er studierte Germanistik, Ethnologie und Philosophie an der Universität Basel. Nach zahlreichen Auslandsaufenthalten lebt er in Basel. Dean war «Stadtbeobachter von Zug» (1992), «Poet in Residence» an der Gesamthochschule Essen (1997) und Gymnasiallehrer in Muttenz. Letzte Publikationen: «*Verbeugung vor Spiegeln. Essays über das Eigene und Fremde*», 2015; «*Warum wir zusammen sind*», Roman, 2019. «*Der Sommer, in dem ich Schwarz wurde*», gemeinsam mit Angélique Beldner, 2021.

Luca Di Blasi, Prof. Dr., ist Professor für Philosophie an der theologischen Fakultät der Universität Bern. Er studierte Germanistik und Philosophie an der Universität Wien, promovierte 2001 im Fach Philosophie an der Kath. Universität Eichstätt, habilitierte 2015 im Fach Religionsphilosophie an der Universität Bern und wurde dort 2018 zum Professor assoziiert. Seit 2018 leitet er das Teilprojekt «Disagreement Between Religions. Epistemology of Religious Conflicts».

Ute Frevert, Prof. Dr., ist seit 2008 Direktorin am Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, wo sie den Forschungsbereich «Geschichte der Gefühle» leitet. Die Historikerin lehrte von 2003 bis 2007 an der Yale University, zuvor hatte sie Lehrstühle an den Universitäten Bielefeld und Konstanz inne. Ihre Publikationen zur Sozial-, Kultur- und Politikgeschichte, zur Emotions- und zur Geschlechtergeschichte erschienen in zahlreichen Sprachen. 2016 erhielt sie das Bundesverdienstkreuz 1. Klasse.

Katja Gentinetta, Dr., hat in Zürich und Paris Philosophie, Germanistik und Geschichte studiert. Die promovierte politische Philosophin ist als Publizistin, Universitätsdozentin und Verwaltungsrätin tätig. Nach verschiedenen Führungsfunktionen in Kultur, Politik und Wissenschaft ist sie heute u.a. Mitglied des Aufsichtsrats des IKRK, Lehrbeauftragte an der Universität Luzern und Wirtschaftskolumnistin der NZZ am Sonntag. Gentinetta ist Autorin mehrerer Bücher zu gesellschafts- und wirtschaftspolitischen Fragen.

Esther Girsberger, Dr., promovierte an der Rechtswissenschaftlichen Fakultät der Universität Zürich, wechselte aber rasch in den Journalismus. Sie war während 25 Jahren in führenden Positionen in Medienunternehmen tätig, unter anderem bei der «Neuen Zürcher Zeitung» und beim «Tages-Anzeiger». Seit 2014 ist sie Inhaberin und Geschäftsführerin von «speakers.ch – Vermittlung von Persönlichkeiten und Inhalten». Im April 2020 übernahm Esther Girsberger im Teilzeitamt die Ombudsstelle SRG Deutsche Schweiz.

Martin Hartmann, Prof. Dr., studierte Philosophie, Komparatistik und Soziologie an der Universität Konstanz, an der London School of Economics und an der Freien Universität Berlin. 2009 habilitierte er sich in Frankfurt mit der Arbeit «*Eine Theorie des Vertrauens*». Hartmann ist seit 2011 ordentlicher Professor für Philosophie an der Universität Luzern. Er forscht im Bereich der Politischen- sowie der Sozialphilosophie und beschäftigt sich hauptsächlich mit Theorien des Vertrauens, dem amerikanischen Pragmatismus, modernen Emotionstheorien und Kritischer Theorie. Anfang 2020 wurde er Dekan der Kultur- und Sozialwissenschaftlichen Fakultät der Universität Luzern.

Christian Pfeiffer, Prof. em. Dr., ist Jurist und Kriminologe. Von 1985 bis 2015 war er Direktor des Kriminologischen Forschungsinstituts Niedersachsen und von 2000 bis 2003 Justizminister Niedersachsens. Zwei seiner Schwerpunkte sind Mediation und die Gründung der Stiftung Opferhilfe Niedersachsen. 2015 war Christian Pfeiffer Gastprofessor am John Jay College, New York. Seine Forschungsinteressen beinhalten Opfer und Täter von Gewalt sowie Migration und Gewalt.

2019 veröffentlichte er sein Buch «*Gegen die Gewalt. Warum Liebe und Gerechtigkeit unsere besten Waffen sind*».

Patricia Purtschert, Prof. Dr., ist Professorin für Geschlechterforschung und Co-Leiterin des Interdisziplinären Zentrums für Geschlechterforschung (IZFG) an der Universität Bern. Sie ist Philosophin und Kulturwissenschaftlerin und beschäftigt sich schwerpunktmässig mit feministischer Theorie und der kolonialen und postkolonialen Geschichte der Schweiz. Zu ihren neuesten Publikationen gehört «*Kolonialität und Geschlecht im 20. Jahrhundert. Eine Geschichte der weissen Schweiz*» (2019).

Franziska Schutzbach, Dr., ist Autorin und Forscherin und lehrt an verschiedenen Universitäten. Ihre Forschungsschwerpunkte sind reproduktive Gesundheit und Rechte, Bevölkerungspolitik und Geschlecht, Antifeminismus, Misogynie und Anti-Gender-Mobilisierungen sowie rechtspopulistische Kommunikationsstrategien. Franziska Schutzbach ist Mitglied der Gleichstellungskommission Basel-Stadt. Im Oktober 2021 erschien ihr neuestes Buch «*Die Erschöpfung der Frauen. Wider die weibliche Verfügbarkeit*».

Lea Stahel, Dr., ist seit 2012 wissenschaftliche Mitarbeiterin am Soziologischen Institut der Universität Zürich. Sie absolvierte ihren Masterabschluss in Politischer Psychologie in Belfast (Nordirland) und arbeitete als Menschenrechtsbeobachterin in Israel/Palästina. Danach promovierte sie an der Universität Zürich zum Thema «*Aggressives Verhalten im Internet*» aus einer soziologischen Perspektive. Aktuell forscht und lehrt sie zu den Auswirkungen der Digitalisierung auf die Gesellschaft. Nebenbei verfasst sie Berichte zu digitaler Hassrede (bisher im Bereich Rassismus und Sexismus/LGBTIQ-Feindlichkeit) für das Eidgenössische Departement des Inneren.

Projektleitung, Moderation

Isabelle Noth, Prof. Dr., ist seit 2012 Professorin für Seelsorge, Religionspsychologie und Religionspädagogik an der Universität Bern und Präsidentin des Aus- und Weiterbildungsprogramms in Seelsorge, Spiritual Care und Pastoralpsychologie Schweiz. Sie ist aktuell Vize-dekanin an der Theologischen Fakultät und Präsidentin des CAS Spiritual Care. Ihre Forschungstätigkeit umfasst unter anderem die Professionalisierung von Seelsorge in den Bereichen psychische Gesundheit sowie Interkulturalität und Interreligiosität.

Virginia Richter, Prof. Dr., hat seit September 2007 die ordentliche Professur für moderne englische Literatur an der Universität Bern inne. Seit dem Frühjahr 2021 ist sie Präsidentin des Forums für Universität und Gesellschaft; seit August 2021 Vize-Rektorin Entwicklung der Universität Bern. Von 2014–17 war sie Dekanin der Philosophisch-Historischen Fakultät der Universität Bern. Ihre Forschungsschwerpunkte umfassen unter anderem englischsprachige Literatur des 19. bis 21. Jahrhunderts.

Autor:innen

Sarah Beyeler, Dr.
Projektkoordinatorin, Universität Bern,
Forum für Universität und Gesellschaft

Doris Moser, M.A.
Sekretariatsleiterin, Universität Bern,
Forum für Universität und Gesellschaft

Marcus Moser, Lic. Phil.
Geschäftsleiter, Universität Bern, Forum
für Universität und Gesellschaft

Isabelle Noth, Prof. Dr.
Universität Bern, Institut für Praktische
Theologie

Virginia Richter, Prof. Dr.
Universität Bern, Institut für Englische
Sprachen und Literaturen



**Interessiert an den
Aktivitäten des
Forums für Universität
und Gesellschaft?
Besuchen Sie unsere Webseite:
www.forum.unibe.ch**



Themenhefte vermitteln einen Überblick über die jeweiligen Forumsveranstaltungen. Sie sind online auf unserer Webseite abrufbar: www.forum.unibe.ch/publikationen

Impressum

Themenheft 2022 / 8. Ausgabe

Herausgeber

Forum für Universität und Gesellschaft
Präsidentin: Prof. Dr. Virginia Richter
Geschäftsleiter: Lic. Phil. Marcus Moser

Redaktion

Dr. Sarah Beyeler (sarah.beyeler@unibe.ch)
Lic. Phil. Marcus Moser (marcus.moser@unibe.ch)
M.A. Doris Moser (doris.moser@unibe.ch)

Bildnachweise

Titelbild: © Andre Hunter on Unsplash
Seiten 2, 3, 4, 5, 7, 8, 11, 12, 15, 16, 19, 20, 21, 26, 28, 29,
33, 34, 35 © Stefan Wermuth

Layout

Christa Heinzer

Geschäftsstelle

Forum für Universität und Gesellschaft
Hochschulstrasse 6
3012 Bern
Telefon +41 31 684 45 66
info.fug@unibe.ch
www.forum.unibe.ch

Elektronische Ausgabe

© alle Rechte vorbehalten
ISSN 2624-568X

Mit freundlicher Unterstützung der
Stiftung Universität und Gesellschaft

Spendenkonto der Stiftung Universität und Gesellschaft:
CH39 0079 0042 9374 8157 5



Forumsgespräche 2022

Demokratische Willensbildung im Zeitalter der Klick-Raten

17., 31. August und
14. September 2022

Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
Durchführungsort und Details unter www.forum.unibe.ch



Forum

für **Universität** und **Gesellschaft**

Universität Bern

Veranstaltungsreihe 2022/23

Ernährungstrends – zwischen Realität und Dogmen

5. und 26. November 2022
und 21. Januar 2023

Eintritt frei, Anmeldung erforderlich
Durchführungsort und Details unter www.forum.unibe.ch